

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN EINES TRANSFERS ZWISCHEN FEMINISTISCHER WISSENSCHAFT UND POLITIK

Beiträge des Gunda-Werner-Promotionskollegs
des Feministischen Instituts und des Studienwerks
der Heinrich-Böll-Stiftung am 30.10.2000 in Berlin

In Kooperation mit der Universität Bielefeld
und der Ruhr-Universität Bochum

Hrsg. vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung

Mit der hier dokumentierten Veranstaltung wurde das »Gunda-Werner-Promotionskolleg« des Feministischen Instituts und des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung eröffnet. Die erste Präsentation des Kollegs zum Thema „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“ entstand in Kooperation mit Prof. Dr. Ursula Müller, Universität Bielefeld, und Prof. Dr. Ilse Lenz, Ruhr-Universität Bochum.

Das Kolleg wurde benannt nach der früheren Referentin für die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung, Gunda Werner, die Anfang des Jahres 2000 im Alter von 48 Jahren verstarb.

Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 11:
Möglichkeiten und Grenzen eines Transfers zwischen feministischer Wissenschaft und Politik. Beiträge des Gunda-Werner-Promotionskollegs des Feministischen Instituts und des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung am 30. Oktober 2000 in Berlin.
In Kooperation mit der Universität Bielefeld und der Ruhruniversität Bochum
Herausgegeben vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, März 2001
© bei der Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Die vorliegenden Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeberin wiedergeben.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin,
Tel. 030-285340, Fax: 030-28534109, E-mail: info@boell.de Internet: www.boell.de
Informationen: Feministisches Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe,
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel. 030-28534-122, E-mail: [feministisches-
institut@boell.de](mailto:feministisches-institut@boell.de)

INHALT

Vorwort	5
Birgit Sauer: Was kann feministische Wissenschaft für Geschlechterdemokratie leisten?	7
Ursula Müller: Von der Frauenförderung zur Geschlechterdemokratie: Wie gehen wir mit unserer Geschichte um?	22
Ilse Lenz: Geschlechterdemokratie, Frauenbewegungen und Organisationsreform im globalen Kontext	32
Präsentation der Arbeiten der Kollegiatinnen	41
Podiumsdiskussion: Möglichkeiten und Grenzen des Transfers zwischen Politik und Wissenschaft in bezug auf die Perspektive der Geschlechterdemokratie	45
Promotionsvorhaben des Gunda-Werner-Promotionskollegs	57
Geschlechterdemokratie 2000. Zehn Thesen von Gunda Werner	58

VORWORT

Geschlechterdemokratie ist zum Ende des 20. Jahrhunderts ein Leitbild für emanzipatorische Gesellschaftsveränderung geworden. Für die Heinrich-Böll-Stiftung stellt Geschlechterdemokratie, in der Satzung methodisch verankert als „Gemeinschaftsaufgabe“, ein wichtiges Leitmotiv der Arbeit dar. An die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung stellt diese Gemeinschaftsaufgabe die beständige Forderung, sowohl in ihrer Organisation als auch in Politik und Gesellschaft Möglichkeiten zu suchen und weiterzuentwickeln, die zwischen den Geschlechtern bestehenden Hierarchien abzubauen.

Ohne die Traditionen der Frauenbewegung, ohne die vielfältigen frauenpolitischen Praxisansätze und ohne feministische Theoriebildung ist die Vision von Geschlechterdemokratie nicht denkbar. Auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie sind Ergebnisse der feministischen Frauen- und Geschlechterforschung ebenso wie *Empowerment*-Ansätze wichtige Erkenntnisquellen bzw. strategische Instrumente im Umsetzungsprozeß. Insofern ist Geschlechterdemokratie auch Resultat und Produkt der historischen Erkenntnisse und Erfahrungen der Frauenbewegung in ihren vielen Facetten und baut darauf auf.

Entsprechend ist das feministische Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung auch aus der Einsicht entstanden, daß für eine gemischt-geschlechtliche Institution, die die ständige Politisierung der Frauen- und Geschlechterthematik in der Gesellschaft und die Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit als Ziel hat, ein feministisches Standbein unerläßlich ist, eine Einrichtung also, die an die besten Traditionen aus feministischer Frauen- und Geschlechterforschung und -politik anknüpft, sie vorantreibt und weiter entwickelt – und damit Impulse für die Organisation selbst und nach außen gibt. Das feministische Institut hat sich zum Ziel gesetzt, die politische Beteiligung von Frauen zu stärken, Vernetzungsprozesse zu fördern, feministische Forschungsfragen anzustoßen und Transferprozesse zwischen feministischer Wissenschaft und politischer Praxis anzuregen – und damit auch einen Beitrag zur Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie zu leisten.

Welche Möglichkeiten und Chancen, aber auch Schwierigkeiten in Transferprozessen liegen, haben wir zur zentralen Fragestellung der Veranstaltung anläßlich der Eröffnung des ersten Gunda-Werner-Promotionskollegs am 30. Oktober 2000 in Berlin gemacht. Sie wird von der Politikwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Wien, Dr. Birgit Sauer, in ihrem hier dokumentierten Vortrag ebenso wie in der gleichfalls dokumentierten Podiumsdiskussion näher beleuchtet. Die Konzentration auf Transferprozesse zwischen Wissenschaft und Politik bedeutet, daß wir uns von der Idee, als Institut eigenständig Forschung zu betreiben, verabschiedet haben. Das bedeutet auf der anderen Seite auch, daß wir die Kooperation mit Hochschulen im In- und Ausland suchen. Ein Ergebnis dieses Bestrebens ist die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Ilse Lenz von der Ruhr-Universität Bochum und mit Prof. Dr. Ursula Müller von der Universität Biele-

feld, die die Konzeption für unser erstes Promotionskolleg entscheidend vorangebracht haben.

Anspruch des Gunda-Werner-Kollegs ist es, mit seinem jeweiligen politischen oder gesellschaftlich relevanten Thema die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik zu erkunden bzw. zu beleuchten. Den Promovendinnen und Promovenden sollen damit Möglichkeiten geboten werden, in gemeinsamer Diskussion Erkenntnisse, die sie in ihren Arbeiten entwickeln, für die politische Bildungsarbeit nutzbar zu machen. Umgekehrt erhoffen wir uns Impulse und Anregungen durch ihre Arbeiten. Das erste Promotionskolleg zum Thema „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“ resultiert u.a. aus der Erkenntnis, daß die Bedeutung der Frauenbewegungen für die Modernisierung von Gesellschaften, insbesondere die Veränderungen im Geschlechterverhältnis, im globalen Kontext bisher noch wenig untersucht wurden. Das Kolleg will zur Behebung dieses Defizits einen Beitrag leisten und wird im Vortrag von Ilse Lenz anläßlich der Eröffnung des Kollegs genauer skizziert. Die gleichfalls dokumentierten Präsentationen der Promotionsvorhaben von vier der inzwischen sieben Promovendinnen¹ vermitteln ein Bild von der Vielfalt der Fragestellungen und Forschungswege.

Das Promotionskolleg ist nach der ersten Referentin für die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Gunda Werner, benannt. Sie war Mitgründerin und langjährige Geschäftsführerin der Frauenanstiftung und ist Anfang vergangenen Jahres gestorben. Gunda Werner hat sich um Fragen der Geschlechterdemokratie, u.a. durch die Entwicklung zentraler Thesen, besonders verdient gemacht.² Wir möchten mit der Widmung des Kollegs an die Wirkung von Gunda Werner für die Stiftung erinnern und ihr danken. Gleichzeitig möchten wir damit einen neuen Weg des Erinnerns und im Umgang mit unserer Geschichte beschreiten. Die Benennung des Kollegs nach Gunda Werner war für Ursula Müller Anlaß, sich mit ihren Thesen, die im feministischen Diskurs immer wieder für Diskussionen sorgen, in einem Vortrag auseinanderzusetzen.

Unser herzlicher Dank geht an alle Referentinnen und Promovendinnen, die zum Gelingen der hier dokumentierten Veranstaltung beigetragen haben.

Berlin, im März 2001

Dr. Claudia Neusüß
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Gitti Hentschel
Geschäftsführerin des
Feministischen Instituts

¹ Ihre Promotionsvorhaben sind im Anhang einzeln aufgeführt.

² Diese Thesen werden im Anhang auszugsweise dokumentiert.

Birgit Sauer

WAS KANN FEMINISTISCHE WISSENSCHAFT FÜR GESCHLECHTERDEMOKRATIE LEISTEN?

„Politik gehört nicht in den Hörsaal. (...) Denn praktisch-politische *Stellungnahme* und wissenschaftliche *Analyse* politischer Gebilde und Parteistellungen ist zweierlei.“ (Weber 1995: 28f., Hervorhebung B.S.)

Zwischen diesem emphatischen Plädoyer für die Werturteilsfreiheit von Wissenschaft in Webers Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ (1917) und der nicht minder emphatischen Aufforderung Dieter Simons (2000), des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, „Demokratisiert die Wissenschaft!“ in der ZEIT liegen über 80 Jahre. In diesen Jahren hat sich zwar einiges im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit getan, doch, so scheint es, die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ist keineswegs ad acta gelegt.

Auch die Frage nach dem Zusammenhang *feministischer* Wissenschaft und *feministischer* Politik leidet keineswegs an Veralterung, sondern stellt sich je nach politischen, sozialen und wissenschaftlichen Konstellationen immer wieder neu und anders. Das Thema meines Beitrags habe ich in diesem Sinne verstanden bzw. spezifiziert: In welchem Praxiszusammenhang stehen feministische Wissenschaft und Politik heute, wie ist dieser Zusammenhang begrifflich zu fassen und welche theoretischen Konsequenzen ergeben sich daraus für das geschlechterdemokratische Projekt? Geschlechterdemokratie¹ verstehe ich in diesem Zusammenhang als normativen *Zielpunkt* wie auch als *Strategie* feministischer Politik, als Projekt der Transformation von Gesellschaft im Sinne einer geschlechtergerechten und gleichen Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen bzw. gesellschaftlichen Reichtums, von Geld, Macht und Ansehen also.

Meine Argumentation erfolgt in vier Schritten: Im *ersten Schritt* werde ich das Verhältnis von Frauenforschung, Frauenbewegung und feministischer Politik durchleuchten – also eine politische Positionsbestimmung vornehmen. Im *zweiten Schritt* werde ich daraus politische Aufgabenstellungen für feministische Wissenschaft ableiten und diese im *dritten Schritt* dann am Beispiel politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung präzisieren und deutlich machen, was feministische Wissenschaft leisten sollte – also eine theoretisch-epistemologische Perspektive einnehmen. Im abschließenden *vierten Schritt* werde ich dann ganz knapp das Problem der Transferleistungen zwischen Wissenschaft und Politik reformulieren.

1. Feministische Wissenschaft und feministische Politik: der transformative Kontext eines schwierigen Verhältnisses

¹ Ich werde im folgenden keine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Geschlechterdemokratie“ führen, sondern den Begriff – zugegeben mit etwas Unbehagen – als Platzhalter für eine feministische Utopie und Strategie verwenden.

Die *Frauenforschung* entstand in den siebziger Jahren im Kontext der *Frauenbewegung*, die beiden sind Schwestern, vielleicht sogar „eineiige Zwillinge“. Dieses Näheverhältnis von Bewegung und Wissenschaft ist in seiner über 25jährigen Geschichte von Ritualen der Abgrenzung, vor allem aber durch Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet. Am Anfang der feministischen Frauenforschung stand die Frage von Maria Mies: „Wie kommt man von der Kritischen *Theorie* zur kritischen, d.h. befreienden *Praxis*?“ (1984a: 8, Hervorhebung B.S.) Ihr Schlüsseltext aus dem Jahr 1978 über „Methodische Postulate zur Frauenforschung“ war eine deutliche Absage an das Webersche Postulat der Wertfreiheit und Politikferne von Wissenschaft. Die „Postulate“ verpflichteten feministische Wissenschaft vielmehr auf ein politisches Ziel: „Feministische Forschung ist parteiliche Forschung. Sie nimmt Partei für die Sache der Frauen“, wie dies auch Ursula Müller (1984: 32) formulierte. Feministische Wissenschaft sollte emanzipativer Frauenpolitik dienen, und zwar nicht in einem minimalistisch-instrumentellen Sinne von „Politikberatung“, wo die Wissenschaft gleichsam Dienstleisterin für ein Praxisfeld ist, sondern feministische Theorie und emanzipative, frauenbefreiende Praxis wurden in einen ganz unmittelbaren Praxiszusammenhang gestellt.

Die „Postulate“ hatten (mindestens) drei Konsequenzen für das Verhältnis von feministischer Wissenschaft und Politik:

a. Frauenforschung und politische Aktion gehören zusammen. Frauenforschung dürfe nicht nur wissenschaftlicher „Selbstzweck“ sein (Mies 1984b: 44), und Frauenforscherinnen dürften nicht nur innerwissenschaftlich agieren und die traditionellen Wissenschaften um den Forschungsgegenstand „Frau“ ergänzen. Sie sollten sowohl am wissenschaftlichen „Diskurs“ wie an emanzipatorischen Aktionen teilnehmen. Die „Entwicklung einer feministischen Gesellschaftstheorie“ könne, so das siebte Postulat von Mies, „nicht in Forschungsinstituten entstehen (...), sondern in der Teilnahme an Aktionen und Kämpfen der Bewegung“ (Mies 1984a: 16). Frauenforschung in diesem Sinne war die Generierung von Wissen aus der Praxis der Frauenbewegung heraus, und dieses Wissen sollte wiederum unmittelbar praxisrelevant werden.

b. Theorie und Praxis sollten im feministischen Forschungsprozeß in neuartiger Weise miteinander verbunden werden: Als Expertinnen galten nicht nur die traditionellen Forschungssubjekte, die Wissenschaftlerinnen also, sondern auch die sogenannten „Forschungsobjekte“, die beforschten Frauen: Wissensproduktion sollte die Trennung von Subjekt und Objekt in der Forschung überwinden. Betroffenheit war das Fahnenwort feministischer Forschung, denn Betroffenheit wurde zum Ausgangspunkt von Reflexion und Einsicht in soziale und politische Verhältnisse erklärt.

c. Außerinstitutionelle Orientierung von Frauenpolitik und -forschung: Frauenpolitik, so lehrte die Erfahrung im politischen System der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre, ist nur als außerinstitutionelle bzw. antistaatliche Bewegung emanzipativ. Frauenforschung könne deshalb ebensowenig innerhalb institutionalisierter Räume, sprich Hochschulen, sondern nur jenseits der etablierten wissenschaftlichen Organisationen stattfinden. Maria Mies sieht in der „Akademisierung“ der Frauenforschung ihren Sündenfall: „...das Bemühen“, so schreibt sie, „die Frauenforschung (...) in das herr-

schende akademische Establishment zu integrieren“ (Mies 1996: 314) komme der „Prostitution im herrschenden akademischen oder politischen Männerhaus“ gleich (Mies 1984a: 58).

Die „methodischen Postulate“ wurden in den Folgejahren mit guten Argumenten vielfach kritisiert. Können wir heute, wenn wir über das Verhältnis von Wissenschaft und feministischer Politik reden, noch etwas mit ihnen anfangen? Ich denke ja, wenn wir die Anstöße, die die „Postulate“ gaben, mit den kritischen Einwänden gegen sie zusammensehen. Denn es waren die „methodischen Postulate“, die überhaupt den diskursiven Raum öffneten, in dem über die feministische Verortung von Wissenschaft und Politik gestritten werden konnte. Deshalb möchte ich im folgenden diesen frauenforscherischen Denkprozeß im Lichte aktueller Transformationen von Frauenbewegung, des frauenpolitischen Kontexts, der Veränderungen innerhalb der Frauenforschung selbst und *last but not least* im Lichte aktueller sozialer und politischer Transformationen Revue passieren lassen. Die folgenden Überlegungen zum Verhältnis von feministischer Wissenschaft und Politik mögen dann die Folie für die Beantwortung der Frage bilden, was feministische Wissenschaft für Geschlechterdemokratie – sprich für Ziele und Strategien einer feministischen, frauenfreundlichen Transformation von Gesellschaft und Politik – heute leisten soll und kann.

Folgende acht Weiterentwicklungen des frühen, emphatischen Verständnisses von Frauenforschung und feministischer Politik möchte ich in Erinnerung rufen:

a. Gegen eine entdifferenzierende Verbindung von Frauenforschung und Frauenbewegung muß die kritische Distanz und Differenz zwischen Politik und Wissenschaft aufrecht erhalten werden. Dies freilich nicht im Sinne einer Politiklosigkeit von Wissenschaft. Doch die *Verpflichtung* der Frauenforschung auf die Frauenbewegung bzw. auf feministische Politik bricht der Wissenschaft die kritische Spitze ab, weil dadurch die Analyse- und Kritikfähigkeit der Frauenforschung gegenüber der Frauenbewegung tendenziell stillgestellt wird (vgl. Thürmer-Rohr 1984). Frauenforschung muß auch gegenüber der Frauenbewegung different und differenziert, widersprüchlich und widersprechend bleiben.

b. Eine Verpflichtung auf „die“ frauenbewegte Praxis ist deshalb politisch wie wissenschaftlich kurzfristig, weil es „die“ Frauenbewegung als homogenes Subjekt nicht gibt. Frauenbewegung rekonstituiert sich vielmehr an ganz unterschiedlichen Orten und Räumen in ganz unterschiedlichen Weisen. Die Vorstellung gemeinsamen politischen Handelns auf der Basis gemeinsamer „weiblicher“ Identität und Interessen gründet auf falschen „Vereindeutigungen“ und greift deshalb strategisch wie auch analytisch zu kurz, weil sie Diversität, Konflikt und Auseinandersetzung nicht wahrnehmen kann. Darauf wiesen nicht erst postmoderne Theoretikerinnen hin; bereits am Beginn der achtziger Jahre hob Regina Becker-Schmidt die Spannung zwischen *universeller* Ungleichbehandlung von Frauen und der analytischen Notwendigkeit hin, *Differenzen* zwi-

schen Frauen in den Blick zu nehmen. „Eine feministische Sichtweise“, so Becker-Schmidt, „die sich nur auf die Frauen als Gleiche einlassen will, macht den Begriff ‚weiblich‘ wieder zu einer Subsumtionskategorie, wie es immer schon war.“ (Becker-Schmidt 1984: 233) Der Mythos von „den“ Interessen von Frauen ignoriert diese Differenzen zwischen Frauen und schließt alle zu „anderen“ gemachten Frauen – seien es Lesben oder Heteras (vgl. kritisch Hark 1993), seien es Schwarze Frauen oder Arbeiterinnen – aus und stellt damit politische Auseinandersetzung still.

Diese Differenz bezieht sich freilich auch auf die Orte von Frauenbewegung bzw. Frauenpolitik: Die Pluralisierung und Diversifizierung frauenpolitischer Anliegen im „Verbändefeminismus“ (Kontos 1994), in Frauenprojekten, in semi-staatlichen Frauenunterstützungseinrichtungen und in Agenturen staatlicher Frauenpolitik erfordern auch eine institutionell differenzierte Sicht auf feministische Politik. Die Anerkennung von Differenz und Divergenz in den strategischen und politischen Orientierungen von Frauen, zwischen Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen, zwischen Frauenbewegten und Frauenforscherinnen läßt also eine lineare Verknüpfung nicht zu. Anders gesagt: Frauenbewegung bzw. feministische Politik können nicht als politische Bezugsgrößen von Frauenforschung *vorausgesetzt* werden, sondern sie müssen analysiert und immer wieder konstruiert und neu geschaffen werden.

c. Wie es „die“ Frauenbewegung nicht gibt, so gibt es nicht „die“ feministische Wissenschaft. Jenseits einer *disziplinären Auffächerung* zeichnet sich Frauenforschung durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Ansätze und theoretischer bzw. wissenschaftlicher Paradigmen aus. Die ganze Vielfalt feministischer Ansätze – liberale Gleichheitsparadigmen, marxistische Ansätze, Standpunktfeminismus, gynozentrischer Differenzfeminismus sowie dekonstruktivistische und postmoderne Ansätze – bewohnt das Haus der Frauen- und Geschlechterforschung.

d. Maria Mies' Aufforderung, Frauenforschung und Frauenbewegung zusammenzubringen impliziert logisch deren *Trennbarkeit*, d.h. die Idee, die Wissenschaftlerinnen könnten sich aus der Politik in den hehren Elfenbeinturm davonstehlen und die politischen Ziele der Frauenbewegung wenn nicht verraten, so doch zugunsten eigener (Karriere-)Interessen ignorieren. Dem liegt nun ein begrenzter Politik- und Praxisbegriff zugrunde. Demgegenüber bietet es sich an, beide, Frauenforschung *und* Frauenbewegung, als Formen feministischer Praxis und Politik zu begreifen, Praxen freilich mit unterschiedlichen Logiken sowie eigenen Interessen und Zielen. Lynn Hankinson Nelson (1993) hat für diesen feministischen Praxiszusammenhang den Begriff der „epistemischen Gemeinschaft“ geprägt. Dieser Begriff soll zum Ausdruck bringen, daß feministische Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen in einem ähnlichen Entdeckungs- und Begründungszusammenhang denken und handeln, der aus ihrer sozialen und politischen Situierung entsteht: Frauen in Wissenschaft und Politik haben mindestens eines gemeinsam – sie sind unterrepräsentiert bzw. marginalisiert. Wissenschaft ist kein politikfreier, kein macht- oder herrschaftsfreier Raum, und Politik agiert nie theorielos, sondern im schlechten Falle auf der Basis frauenfeindlicher (Alltags-)Theorien. Anders formuliert:

Frauenforschung ist politisch, weil sie sich mit Herrschaft auseinandersetzen muß, und Frauenpolitik ist theoretisch, wenn sie z.B. Politiken „vergeschlechtlicht“.

Feministische Wissenschaft ist also Teil des Diskurses um Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie, eines Diskurses, der nicht nur in den Hallen von Bundes- und Landtagen oder in Parteizentralen, dem klassischen politischen System also, aber auch nicht nur in Bewegungen und Frauenprojekten, sondern auch und insbesondere in der Wissenschaft und in den Akademien geführt wird. Feministische Wissenschaft agiert in einem hegemonialen Raum, in dem um Bedeutungen und Interpretationen gekämpft wird und ist deshalb Politik im eigentlichen Sinne des Wortes, da sie die Transformation des hegemonial androzentrischen Wissenschaftsdiskurses und dessen Deutungsmonopol zum Ziel hat und ein gegenhegemoniales Verständnis von Geschlechterverhältnissen zu etablieren sucht. Wissenschaftliche „Parteilichkeit“ für die Sache der Frauen bzw. für Geschlechterdemokratie bedeutet dann nicht mehr die Verpflichtung von Wissenschaftlerinnen zur außerwissenschaftlichen Aktivität. „Parteilichkeit“ ist vielmehr eine innerwissenschaftliche Maxime im oben genannten Sinne.

e. Daraus folgt dann ein neues Verständnis des *Theorie-Praxis-Verhältnisses*: Feministische Theoriearbeit, die Kritik an androzentrischen Grundlagen von Wissenschaft, ist politische Praxis im besten Sinne des Wortes. Das parteiliche Betätigungs- bzw. Praxisfeld von feministischen Wissenschaftlerinnen ist ihre jeweilige Fachdisziplin bzw. die „scientific community“. Ihr Politikziel ist die Transformation der androzentrischen Grundlagen ihrer Disziplin, die Reformulierung des wissenschaftlichen Begründungszusammenhangs und die Neuformulierung des Entdeckungszusammenhangs, d.h. der Themen und Fragestellungen des Fachs (vgl. Witz 1998: 48).

f. Die Dichotomie zwischen Autonomie und Institution, Institutionalisierung in der Hochschule und De-Institutionalisierung bzw. „autonomen“ Gegeninstitutionalisierung bedarf differenzierterer Betrachtung. Ohne Zweifel erzwingen „heteronome Institutionen“ (Appelt 1991) Anpassung an ihre normativen und institutionellen Erfordernisse; und die Logiken des akademischen Konkurrenzfelds Hochschule (Andresen 2000) sind vielfach kontraproduktiv für innovative Frauen- und Geschlechterforschung und mithin auch wenig anregend für emanzipatorische und solidarische Frauenpolitik. Doch die bipolaren Frontstellungen trüben den analytischen, aber auch den politischen Blick für Herrschaftsverhältnisse in sogenannten autonomen Wissens- und Politikzusammenhängen. Deshalb muß die Kritik von Herrschaft in unterschiedlichen Praxisbereichen – zwischen Männern und Frauen wie auch zwischen Frauen – ins Zentrum feministischer Analyse und Kritik rücken.

g. Die Dichotomisierung von Bewegung und institutionalisierter Frauenpolitik beschreibt ebensowenig wie die Antinomisierung von feministischer Wissenschaft und Frauenpolitik die Realität am Ende der neunziger Jahre angemessen. Mit der Diversifizierung von Frauenpolitik und Frauenforschung und der Öffnung sowohl von Hochschulen wie auch von politischen Organisationen für Frauen entstanden auch Kooperati-

onen zwischen Akteurinnen im frauenpolitischen und wissenschaftlichen Feld. In bezug auf einzelne Issues und Politiken existieren inzwischen sogenannte „frauenpolitische Netzwerke“ aus frauenpolitischen Aktivistinnen, aus Frauenpolitikerinnen in Parteien und Verbänden, aus Feministinnen in der Verwaltung sowie aus feministischen Wissenschaftlerinnen innerhalb von Universitäten und aus außeruniversitären Einrichtungen. Diese Netzwerke sind sicherlich vielfach fragil, oft nur punktuell zu einer „aktiven“ Vernetzung motivier- und mobilisierbar, ihre Interaktionen werden durch Kommunikationsbarrieren, Mißverständnisse und Transferprobleme behindert, aber wichtig ist, daß die einzelnen Knotenpunkte des Netzwerks durchaus mobilisierbar sind. Clarissa Rudolph hat eine solche frauenpolitische Netzwerkstruktur, ihre Reichweite und ihre Begrenztheit, am Beispiel der Verfassungsdebatte der Jahre 1991-1994 zur Neuformulierung des §3.2 GG sehr gut dokumentiert. Sie konnte nachweisen, daß diese frauenpolitischen Netzwerke mit maskulinistischen Politikstrukturen konfrontiert sind, so daß trotz *prozessualer* frauenpolitischer Mobilisierung die *Durchsetzung* von Geschlechterdemokratie nur sehr zäh möglich ist (vgl. Rudolph 1996: 216f.).

Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen beteiligen sich also in unterschiedlichen Arenen an einem demokratischen, geschlechtergerechten Projekt. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sollte vor diesem Hintergrund normativ als ein „Kritisches Netzwerk“ konstruiert werden, das sich im Spannungsfeld von Theorie und Praxis sowie von institutionalisierter Politik und außerinstitutionellen Organisationen stets neu wiederherstellen muß. Für die Durchsetzung frauenpolitischer Ziele ist eine wichtige Strategie, solche Kritischen Netzwerk zu stärken, punktuell zu mobilisieren, damit sie maskulinistische Politikstrukturen und -prozesse erfolgreich beeinflussen können.

h. Solche frauenpolitischen Netzwerke sind heute mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert: Vor unseren Augen vollzieht sich ein tiefgreifender gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Wandel. Dieser zeichnet sich u.a. durch neue Grenzziehungen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen, gleichsam durch eine „politische Revolution“ (Brodie 1994) aus, denn die Politik neoliberaler Restrukturierung bestimmt alle Koordinaten des Politischen, wie sie in westlichen Nachkriegsgesellschaften bestanden, neu. Politische Räume werden neu verhandelt, ein Kampf um die Grenzen des Politischen, um das, was politisch, was gesellschaftlich verhandel- und veränderbar ist, ist im Gange. Vermutlich wird diese Neuvermessung des Politischen zu keiner Neudefinition von Zweigeschlechtlichkeit führen, sondern Vergeschlechtlichung wird nach wie vor eine probate staatliche Strategie zur „Lösung“ sozialer und ökonomischer Probleme sein, und hierarchische Zweigeschlechtlichkeit wird eine Ressource der politischen und ökonomischen Transformation bleiben.

Trotz aller Reden vom „Ende der Politik“ befinden wir uns in einer Zeit des Übergangs und nicht des Niedergangs. Wir haben es also auch nicht mit dem Ende der Frauenbewegung zu tun, sondern mit einer radikalen Veränderung ihrer politischen Bedingungen. Der fundamentale Bruch in den ökonomischen, sozialen und politischen Repräsentationsformen und die Aushöhlung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen sowie von Bildungs- und Ausbildungsangeboten zerstören allerdings traditionelle Orte und Formen von

Frauenpolitik und Frauenbewegung. Feministische Wissenschaft sollte in diesem Transformationsprozeß geschlechtsspezifische „Daten“, also Informationen als Grundlage für Frauen- und Geschlechterpolitik zur Verfügung stellen; sie muß vor allem Begriffe und Konzepte erarbeiten, die die sozialen Verhältnisse und die aktuellen ökonomischen und politischen Transformationen geschlechtsspezifisch „framen“. Dies ist die Grundlage dafür, daß geschlechtersensible demokratische Politiken auf den Weg gebracht werden. Freilich sollte dies nicht ausschließlich in einem instrumentellen politikberaterischen Verhältnis, sondern im Kontext einer aktiven *kritischen Vernetzung* erfolgen.

2. Was bleibt als politische Aufgabenstellung für feministische Wissenschaft?

Diese Entwicklungen bilden den neuen Rahmen für (feministische) politische Praxis, und dieser transformative Kontext des Politischen bedarf feministischer Theoretisierung. Daraus folgere ich drei zentrale Aufgabenstellungen feministischer Wissenschaft für eine geschlechterdemokratische Politik:

a. Es bedarf weiterhin *feministisch vergeschlechtlichter Antworten* auf aktuelle ökonomische, soziale und politische Transformationen, d.h. es bedarf der Politisierung und Mobilisierung von „Geschlecht“ für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Feministische Politikkritik sollte im emphatischen Sinne an der Geschlechterkategorie festhalten, um nicht in die Falle des Neoliberalismus zu tappen, „der euphemistisch von ‚Pluralismus‘, ‚Individualität‘ und ‚Differenz‘ spricht, wo Ungleichheit, Gewalt und Unterdrückung entproblematisiert“ werden sollen (Knapp 1998: 67). Sie sollte die Analyse von Geschlechterverhältnissen und -strukturen in ihren ganzen Widersprüchlichkeiten prominent setzen. Der begriffliche Wandel von der Frauen- zur Geschlechterforschung ist deshalb keine Entpolitisierung feministischer Wissenschaft, sondern ihre Re-Politisierung unter neoliberalen Konditionen. Denn dadurch geraten nicht nur Männer in den feministischen Blick, sondern Prozesse der Ver- bzw. Entgeschlechtlichung von Individuen, Normen und Strukturen.

b. Frauen- und Geschlechterforschung kann und muß dazu beitragen, Frauen als *politische Gruppe* entstehen zu lassen. Als Gruppe, die differente, ja konfligierende Interessen und Identitäten ausbildet. Geschlechterforschung sollte also die Vielfalt dieser Gruppe „Frauen“ diskursiv herstellen, sie muß Ungleichheiten zwischen Frauen als politisches Faktum herausarbeiten. Auf dieser Grundlage kann Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik differenzierte Strategien entwerfen, insbesondere für Frauen, die nicht in Positionen sind, von denen aus sie „gefördert“ werden können. Nur so ist das politische Ziel gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an politischen, symbolischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen erreichbar.

c. Geschlechterdemokratie braucht *neue Bündnisse* mit solchen gesellschaftlichen Gruppen, die einem neoliberalen Umbau des (Sozial-)Staates ebenfalls skeptisch gegen-

über stehen. Dies sind nicht allein Frauen, sondern auch die Vielzahl der aus dem Erwerbsleben hinausgeworfenen Männer sowie Männer und Frauen anderer Ethnien und Kulturen. Um Argumente und Strategien für solche Kooperationen zu entwerfen, muß feministische Wissenschaft gesellschaftliche und politische Unterdrückungsmechanismen in ihrer Vielfältigkeit analysieren, sie muß je differente Begriffe von Geschlecht, gesellschaftlicher Herrschaft und Politik zur Verfügung stellen, mit der die vielfältigen Mechanismen von Ausbeutung, Marginalisierung und Ausschluß benannt, kritisiert und transformiert werden können. Kurz: Feministische Wissenschaft braucht eine feministische Gesellschafts- und Politiktheorie. Diese ist nicht als ultimative Großtheorie, sondern als ein permanentes Denkprojekt zu begreifen. Auch dies wurde in den Debatten der achtziger Jahre bereits gedacht: „Der Versuch einer Neubestimmung von Wissenschaft (...) als feministische Wissenschaft muß zu einer Neubestimmung des gesamten gesellschaftlichen Zusammenhangs führen, zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur, zwischen Frauen und Männern, Menschen und Arbeit, eine Neubestimmung des Verhältnisses zum eigenen Körper, eine Neubestimmung, die Ausbeutung ausschließt“ (Mies 1984a: 44).

3. Entgrenzung des Politischen – Vergeschlechtlichung der Politik. Geschlecht und Politik als Bezugsgrößen feministischer Wissenschaft

Ich will im folgenden am Beispiel der politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung die Frage, was feministische Wissenschaft am Ende des Jahrhunderts leisten könnte, zumindest ausschnittshaft beantworten. Für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung ergeben sich m.E. aus dem oben gesagten zwei Aufgabenfelder, nämlich die Zurechtlegung eines adäquaten Geschlechter- und eines darauf bezogenen Politikbegriffes. Die theoretischen Konsequenzen möchte ich abschließend kurz skizzieren.

3.1 Geschlecht als Struktur, Institution und Handlung

Der feministische Impetus, das in Wissenschaft und Politik Abwesende und Unsichtbare – Frauen nämlich – benennen und analysieren zu wollen, rückte die Bezogenheit der Geschlechter aufeinander ins Zentrum feministischer Theoriebildung. Damit öffnete sich auch der Blick für die besetzten Plätze in Gesellschaft und Politik, für Männer und Maskulinismen. Nicht zuletzt die postmoderne Kritik an der Kategorie Geschlecht schuf Anlässe zur Klärung des Geschlechterbegriffs. Geschlecht wurde in Anlehnung an Joan W. Scotts Schlüsseltext als „analytische“ bzw. „Strukturkategorie“ und nicht als bloß „deskriptive Kategorie“ bzw. als bloßer Gegenstand der Forschung postuliert (Scott 1994: 50ff.; vgl. dazu Silverberg 1990: 901). Durch die Problematisierung der „sex/gender“-Debatte wurde „Geschlecht“ selbst erklärungsbedürftig, und erst dadurch öffnete sich „der Raum einer kritischen (Gesellschafts)Theorie des Geschlechts“ (Maihof 1995: 75). Analytisch bedeutet die Dekonstruktion von Geschlecht, daß Männer

und Frauen, das Geschlechterverhältnis also, in den forschenden Blick genommen, daß Differenzen zwischen Frauen und zwischen Männern zum Ausdruck gebracht bzw. zur Grundlage von empirischen Studien gemacht werden müssen. Politische Regulierungen von Geschlechterverhältnissen, die politische Produktion von Männern und Frauen, sowie die Konstruktion des Politischen, von Staat und Institutionen durch Geschlecht, d.h. Prozesse der Ver- und Entgeschlechtlichung, der Maskulinisierung oder Feminisierung von staatlichen Institutionen, von Politiken, von politischen Wertsphären und politischen Akteuren spannen heute das feministische politikwissenschaftliche Forschungsterrain auf.

Aufgabe feministischer Politikwissenschaft ist es somit, Geschlecht als *politisches Phänomen* zu formulieren. Dies heißt, daß die politische Geschlechtsidentität in der Auseinandersetzung in und mit politischen Institutionen produziert und erworben wird. Sicher gibt es Erfahrungen, die vor dem Betreten des „Universums des politischen Diskurses“ (Jenson 1989) entstehen und die die Geschlechtsidentität bestimmen. Doch entwickelt der politische Raum eine eigene Produktivität, die politische Geschlechteridentitäten prägt und modifiziert. Und wenn wir von Frauen und Politik reden, dann müssen wir vornehmlich diese institutionelle Produktivität und ihre Geschlechtsselektivität analysieren. Staat und Öffentlichkeit bleiben männliche Institutionen, selbst wenn Frauen dort Positionen innehaben: Die Räume sind „männlich“ kodiert, und Frauen können deshalb nicht „als Frauen“ teilnehmen, sondern müssen das männliche soziale Geschlecht übernehmen (vgl. auch Kocher 1999: 190).

Geschlecht als politische Strukturkategorie meint ein Doppeltes: zum einen den Aspekt der in Strukturen geronnenen Zweigeschlechtlichkeit – die *Geschlechterverhältnisse* –, zum anderen jenen Aspekt der permanenten Produktion und Reproduktion, der *diskursiven Herstellung von Geschlechtlichkeit*. Die Verwobenheit der System- und Akteursperspektive läßt sich als *Doppelcharakter* von Geschlecht und Institution bezeichnen: Geschlecht ist ein imprägniertes Denk- und Handlungsmuster von Individuen, eine strukturierende Struktur, aber auch ein verfestigtes Muster, die in Strukturen geronnene Zweigeschlechtlichkeit, die Handeln präformiert, eine strukturierte Struktur. Anders ausgedrückt: Geschlecht *ist* eine Institution und moderne politische Institutionen *haben* ein Geschlecht bzw. produzieren Geschlechter, d.h. sie vergeschlechtlichen Menschen zwangsweise. Mit der politik- und gesellschaftstheoretischen Fundierung von Geschlechterverhältnissen geraten auch andere gesellschaftliche Konfliktstrukturen wie Klassenlage, Ethnizität und kultureller Hintergrund deutlicher in den Blick, als dies bei der Kaprizierung allein auf Benachteiligungsstrukturen von Frauen der Fall war. Ein strukturbezogener geschlechtersensibler Politikbegriff hütet sich vor der Hypostasierung einer politischen Kategorie zum allein bestimmenden Identitätsmoment.

3.2 „Trouble in politics“. Das Unbehagen in der Politik und die Entgrenzung des Politikbegriffs

Feministische Politikwissenschaft sollte sowohl die Verengungen des traditionellen Politikbegriffs überwinden wie auch die Unschärfen eines feministischen Politikbegriffs klarstellen. Idealerweise sollte dieser Politikbegriff analytisch sowohl den Aspekt der *Interessen*aggregation und -durchsetzung wie auch den der *Identitäts*konstruktion erfassen; er soll Verteilungs-, Partizipations- und Repräsentationsfragen aufspannen sowie gesellschaftliche Ordnung und Herrschaft thematisieren. Politik muß darüber hinaus sowohl in ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen verankert und als Handlung begreifbar werden, denn nur so können emanzipatorische Aspekte individueller und kollektiver Selbstbestimmung und politischer Selbstvertretung von Frauen sowie die Transformation patriarchaler Herrschaftsverhältnisse konzeptualisiert werden

In der Theoretisierung des Politischen sind sich feministische Ansätze trotz aller Vielfalt und Komplexität der Sichtweisen einig: „Weibliche Lebenszusammenhänge“ sollen in ihrer Gesamtheit erfaßt werden, und die feministische Entgrenzungsinitiative will eben jenes Persönliche und Private als Politisches begreifen. Die vermeintliche Trennbarkeit von öffentlich und privat wird in Frage gestellt und als patriarchaler Herrschaftsmodus dekonstruiert. Feministische Politikwissenschaft ist nun aber dabei, ihren genuinen Gegenstand in seinem kritischen Kern zu verlieren: nämlich einen Begriff des Politischen, der Macht, Herrschaft und Interessen in kritischer, gesellschaftstransformierender Perspektive impliziert. Ich möchte im folgenden auf eine dreifache Reduktion des feministischen Politikbegriffs hinweisen.

a. Reduktion von Politik auf Politik der Frauenbewegung bzw. feministische Politik

M.E. hat sich die politikwissenschaftliche Geschlechterdebatte im Anschluß an Judith Butlers Politikkritik selbst beschränkt. Feministische (Politik-)Wissenschaft hat in der Geschichte der Weiterung und Entgrenzung des Politischen eine eigene, entpolitizierende Zonierung vorgenommen. Sie schuf die Zone des abgelehnten politischen Systems, die der Strahl feministischer Aufklärung nicht mehr erreicht. Und Politik wird auf feministische Politik verengt (vgl. u.a. Niekant 1999; Hänsch 1999; Wartenpfehl 1999).

Eine „Theorie feministischer Politik“ wird deutlich zugunsten einer „feministischen Politiktheorie“ präferiert. Das politikwissenschaftliche feministische Projekt sollte aber demgegenüber das einer „feministischen Politiktheorie“ bzw. einer „Geschlechtertheorie des Politischen“ sein, einer Theorie, die – sonst wäre sie nicht feministisch – Geschlecht als Ausgangspunkt politischer Analyse nimmt und einen weiten Begriff des Politischen mit dem engen institutionellen Politikbegriff verknüpft. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr eines binnenfeministischen, selbstbezüglichen Diskurses, der den Anschluß an die institutionelle Hardware verliert.

b. „Schwacher“ Politikbegriff der Handlungsdimension

Die Denkbewegung der Travestie von Geschlechtszuschreibungen reduziert Politik auf einen vergleichsweise individualisierten Akt. Politik wird in Handlung aufgelöst, über-

individuelle Strukturen, Verhärtungen, institutionelle Sedimentierungen und die Zwangsförmigkeit vorgegebener Muster geraten aus dem Blick. Die aus dieser Handlungsorientierung folgende politische Selbstbescheidung ist fatal, denn ein emanzipatives Projekt muß auch und gerade die materiellen und strukturellen Bedingungen von Freiheit und Gleichheit im Blick haben. Eine feministische „politische Theorie“ wäre politisch naiv, würde sie eine Entkoppelung von Politik als Handlung und Politik als Struktur vorehmen; sie muß sich deshalb auch an „ökonomischen Strukturen“ versuchen, sonst beraubt sie sich ihrer gesellschaftstransformierenden Potenzen.

c. Verharmlosung frauenbewegter Politik

Feministischer Politikwissenschaft darf es in der Tat nicht allein um die „Kritik an den Angleichungs- und Anpassungsprozessen“ durch „Institutionalisierung und Bürokratisierung“ (Niekant 1999: 30) gehen. Allerdings verführt postmoderne Dekonstruktion dazu, die neoliberale Auflösung des Politischen durch eine Diversifizierung frauenbewegter Politik zu sekundieren. Mit der Aberkennung der Universalität politischer Geschlechterhierarchie verliert der Feminismus seine politische Zielorientierung, nämlich die Überwindung der ungleichen Geschlechterverhältnisse. Was Cornelia Klinger als den „PriesterInnenbetrug“ bezeichnet (Klinger 1999: 103) – nämlich die Kategorie „Frau“ abzulehnen, sie aus politischer Verlegenheit dann doch wieder einzuführen –, lenkt die Aufmerksamkeit auf ein zentrales Defizit im poststrukturalistischen Politikbegriff: Möglich ist nur „Als-ob-Politik“ mit einer „Als-ob-Kategorie“ Frau. Damit aber sind die diffusen geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse nicht zu subvertieren.

3.3 Geschlecht als Politik: Zusammenfassung

Im folgenden möchte ich die mir zentral erscheinende Dimensionen eines geschlechterkritischen Politikbegriffs skizzieren. Diese Skizze muß ohne Zweifel an vielen Stellen eine Desideratliste bleiben.

a. Eine feministische Geschlechtertheorie des Politischen sollte ein *begriffliches Handwerkszeug* zur Verfügung stellen, mit dem frauenbewegte Politik durchdacht und neuentworfen werden kann, mit dem aber auch staatliche Frauen- und Geschlechterpolitik sowie alle Formen von institutioneller Gleichstellungspolitik analysiert werden können. Insbesondere aber die Exklusionsformen und prekären Inklusionsformen von Frauen in maskulinistisch geformte Institutionen müssen durchsichtig und verstehbar gemacht werden.

b. Eine *feministische Konzeptualisierung des Politischen* heißt zunächst nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dem Geschlecht bzw. Prozessen der Vergeschlechtlichung einen Stellenwert bei der Konzeptualisierung und Analyse politischer Phänomene einzuräumen. Bei der Präzisierung des Politikbegriffs müssen also Strategien der „Entsexualisierungen“ und „Vergeschlechtlichungen“ von Politik – das „Engendering“ des

Politischen – ebenso bedacht werden wie die Geschlechterkritik politisch gegebener Institutionen und Organisationen – gleichsam das „Engendering“ liberaler Demokratien. Politische Institutionen, Prozesse und Kulturen sind zugleich Ergebnisse wie auch stetige Produzenten politischer Zweigeschlechtlichkeit und damit des öffentlichen Frauenausschlusses und androzentrischer Politikstrukturen. Politik muß als ein strategisches Feld der Produktion von Zweigeschlechtlichkeit, d.h. von benachteiligter Weiblichkeit und privilegierter Männlichkeit konzeptualisiert werden. Mit einem solchen Konzept entsteht ein „neuer Begriff des Politischen“: Zweigeschlechtlichkeit bringt überhaupt erst Politik hervor.

c. Politik ist nicht allein das Webersche „Streben nach Machtanteil“ und der „Kampf um Gefolgschaft“ (Weber 1993: 7f.). Politik ist *Kampf um Repräsentation*, ein Kampf um Bedeutung und Benennungsmacht (vgl. Bourdieu 1985: 19ff.). In diesem Verständnis zielt Politik auf die Durchsetzung einer „legitimen Wahrnehmungsweise“ der Welt (ebd.: 20). Politik umfaßt also auch die Herstellung, die Konstruktion und die Repräsentation von politischen Identitäten bzw. von sozialer und kultureller Differenz – oder auch die Desartikulation, die Negierung politischer Identitäten bzw. Akteure. Politik beginnt mit der Herausbildung von kollektiven und individuellen Bedeutungen und Identitäten – auch von Geschlechtsidentität. Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bedarf also eines „kulturalistischen“ Politikbegriffs, d.h. eines Begriffs von Politik, der die Verhältnisse – die Institutionen und die Akteure – „zum Tanzen bringt“: Politik wird dann begreifbar als Mikropolitik, als subjektive Dimension, aber auch als objektive Struktur.

d. Politik ist freilich nicht nur Handlung, sondern auch sedimentierte Struktur. Die „tanzenden“ Strukturen bilden auch „feste Formen“ heraus, die Handlungen begrenzen, auch erzwingen und mithin zwanghaft sind. Geschlechterforschung muß also einen Begriff des Politischen erarbeiten, der sowohl Herrschaft als Strukturdimension wie auch ökonomische und symbolische Verhältnisse umfaßt. Ein *kulturalistischer Politikbegriff* darf also materielle Fundierungen politischen Handelns und politischer Strukturen nicht ausblenden: Die Konstruktion des Politischen oszilliert stets zwischen den gesellschaftlichen und ökonomischen Ansprüchen an politische Regulierung und den gesellschaftlich zur Verfügung stehenden mentalen Bildern und Deutungsmustern. Nur mit einem solchen Politikbegriff können emanzipatorische Aspekte individueller und kollektiver Selbstbestimmung und politischer Selbstvertretung von Frauen sowie die Transformation patriarchaler Herrschaftsverhältnisse konzeptualisiert werden.

4. Feministische Wissenschaft und Politik im Kritischen Netzwerk

Meine obigen Überlegungen zu Geschichte und Theorie des Zusammenhangs von Politik und Wissenschaft lassen sich nicht unmittelbar in politische Handlungsanleitungen übersetzen. Dazu bedarf es notwendig weiterer Übersetzungsleistungen bzw. Transmitt-

ter-Institutionen. Die sozialen Systeme Politik und Wissenschaft besitzen unterschiedliche Logiken, differente Zeitstrukturen und Arbeitsweisen. Während das politische System tendenziell auf Machtakkumulation zur Durchsetzung von politischen Zielen ausgerichtet ist, geht es dem Wissenschaftssystem tendenziell um die Generierung und Verbreitung von Wissen und Information. Diese Unterschiedlichkeit muß bei aller oben genannter Ähnlichkeit anerkannt und respektiert werden. Politikberatung bzw. Wissenschaftstransfer sind deshalb voraussetzungsvolle und komplexe Unternehmungen und können nicht auf instrumentelle Austauschverhältnisse reduziert werden. Sie müssen als Prozesse gestaltet werden, als selbstreflexive *Kritische Netzwerke*. Kontinuierliche Austauschbeziehungen mit institutionalisierten Übersetzerinnen und Übersetzern bzw. Foren der Übersetzung, der Vermittlung und des Transfers sind Voraussetzungen dafür, günstige Momente der Politikformulierung, des geschlechterkritischen Agenda-Settings und der Intervention nutzen zu können.

Dr. Birgit Sauer, geboren 1957, ist Politikwissenschaftlerin und Ao. Professorin an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Politik der Geschlechterverhältnisse, Staats- und Institutstheorien, Politik und Kultur. Ihre Habilitationsschrift „Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte“ erscheint im Frühjahr im Campus-Verlag.

Literatur

Andresen, Sünne 2000: Der Preis der Anerkennung. Konkurrenz unter Frauenforscherinnen in der Hochschule, Dissertation, FU Berlin (Typoskript)

Appelt, Erna 1991: Zur Transformation feministischer Anliegen im institutionellen Kontext, in: Angerer, Marie-Luise et al. (Hg.): Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 13-34

Becker-Schmidt, Regina 1984: Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften, in: Methoden in der Frauenforschung, hrsg. von der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin, Frankfurt/M.: R.G. Fischer, S. 224-238

Bourdieu, Pierre 1985: Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la Leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt/M.: Suhrkamp

Brodie, Janine 1994: Shifting Boundaries: Gender and the Politics of Restructuring, in: Bakker, Isabella (Hg.): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy, London: ZED Books, S. 46-60

Hänsch, Ulrike 1999: Subjektive Dimensionen im feministischen Streit um Geschlecht und Dekonstruktion, in: Bauhardt, Christine / von Wahl, Angelika (Hrsg.): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 47-62

Hark, Sabine 1993: Queer Interventionen, in: Feministische Studien, 11. Jg., H. 2, S. 103-109

Jenson, Jane 1989: Paradigms and Political Discourse: Protective Legislation in France and the United States Before 1919, in: Canadian Journal of Political Science, H. 2, S. 235-258

- Klinger, Cornelia 1999: Essentialismus, Universalismus und feministische Politik, in: Lutter, Christina/Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hg.): Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies: Entwicklungen und Perspektiven. (Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft Bd. 8) Wien: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, S. 95-115
- Knapp, Gudrun-Axeli 1998: Postmoderne Theorie oder Theorie der Postmoderne? Anmerkungen aus feministischer Sicht, in: Dies. (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 25-83
- Kocher, Eva 1999: Geschlechterdifferenz und Staat, in: Kritische Justiz, H. 2, S. 182-204
- Kontos, Silvia 1994: Jenseits patriarchaler Alternativen: Grenzen der Gleichstellungspolitik, in: Biester, Elke / Holland-Cunz, Barbara / Maleck-Lewy, Eva / Ruf Anja / Sauer, Birgit (Hrsg.): Gleichstellungspolitik. Totem und Tabus. Eine feministische Revision, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 36-53
- Maihofer, Andrea 1995: Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz, Frankfurt/M.: Ulrike Helmer Verlag
- Mies, Maria 1984a: Frauenforschung oder feministische Forschung? Die Debatte um feministische Wissenschaft und Methodologie, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 11, S. 40-60
- Mies, Maria 1984b: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 11, S. 7-25
- Mies, Maria 1996: Theoretische und methodologische Probleme einer globalen feministischen Forschung, in: Werlhof, Claudia von / Schweighofer, Annemarie / Ernst, Werner W. (Hrsg.): Herren-Los. Herrschaft – Erkenntnis – Lebensform, Frankfurt/M. et al.: Peter Lang, S. 303-319
- Müller, Ursula 1984: Gibt es eine ‚spezielle‘ Methode in der Frauenforschung?, in: Methoden in der Frauenforschung, hrsg. von der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin, Frankfurt/M.: R.G. Fischer, S. 29-50
- Nelson, Lynn H. 1993: Epistemological Communities, in: Alcoff, Linda / Potter, E. (Hg.): Feminist Epistemologies, New York/London
- Niekant, Renate 1999: Zur Krise der Kategorien „Frauen“ und „Geschlecht“. Judith Butler und der Abschied von feministischer Identitätspolitik, in: Bauhardt, Christine / von Wahl, Angelika (Hrsg.): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 29-45
- Rudolph, Clarissa 1996: Scheitern oder Chance? Zur Gestaltbarkeit frauenpolitischer Prozesse am Beispiel der Verfassungsdiskussion, in: Penrose, Virginia / Rudolph, Clarissa (Hrsg.): Zwischen Machtkritik und Machtgewinn. Feministische Konzepte und politische Realität, Frankfurt/M./New York: Campus, S. 199-218
- Scott, Joan W. 1994: Gender: Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse, in: Kaiser, Nancy (Hrsg.): Selbst bewußt. Frauen in den USA, Leipzig: Reclam, S. 27-75
- Silverberg, Helen 1990: What happened to the Feminist Revolution in Political Science?, in: The Western Political Quarterly, H. 4, S. 887-903
- Simon, Dieter 2000: Demokratisiert die Wissenschaft!, in: Die Zeit vom 14.9., S. 41
- Thürmer-Rohr, Christina 1984: Vagabundinnen: feministische Essays, Berlin/West
- Wartenpfehl, Birgit 1999: Dekonstruktive Bestimmung von Geschlecht – Identität – Differenz jenseits metaphysischer Gewißheiten. Herausforderungen für feministische Politik und Wissenschaft, in: Bauhardt, Christine / von Wahl, Angelika (Hrsg.): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 65-82
- Weber, Max 1993: Politik als Beruf, Stuttgart: Reclam

Weber, Max 1995: Wissenschaft als Beruf, Stuttgart: Reclam

Witz, Anne 1998: Was tun Feministinnen, wenn sie Soziologie betreiben?, in: Feministische Studien, H. 2, S. 46-61

Ursula Müller

VON DER „FRAUENFÖRDERUNG“ ZUR „GESCHLECHTERDEMOKRATIE“: WIE GEHEN WIR MIT UNSERER GESCHICHTE UM?

Eine Auseinandersetzung mit den Thesen von Gunda Werner

Mit Gunda Werners Thesen zur Geschlechterdemokratie¹ habe ich in der Vorbereitung dieses Vortrags widersprüchliche Erfahrungen gemacht. Einigen Thesen konnte ich zustimmen, andere lösten in mir Bedenken, ja Ärger aus. Ich fand sie zu entwertend in bezug auf die historische Errungenschaft, die Frauenförderung unter anderem darstellt, und anderes mehr. Nachdem ich meinen Ärger schriftlich niedergelegt hatte und mir die Thesen wieder betrachtete, stellte ich fest, daß das, was ich zunächst daraus gelesen hatte, in ihnen gar nicht oder zumindest *so* nicht drinsteht. Daraufhin wurde ich erst richtig auf die Thesen neugierig, die es vermocht hatten, mich so zu irritieren. Und dieser Irritation möchte ich im folgenden nachgehen.

Zunächst einige Bemerkungen zum Kontext meiner Argumentation: der Diskussion um „Organisation und Geschlecht“. In der feministisch inspirierten Organisationsforschung sehen wir heute die Ablösung einer alten Metapher durch eine neue. Nicht mehr die Vorstellung einer Hierarchie mit einem klar definierten Machtzentrum bestimmt die Diskussion, in der organisationelle und Geschlechter-Hierarchie immer eins sind: Frauen also immer unten – sondern die Metapher der Polyzentrik von Prozessen, der Pluralität von Machtzentren usw., so daß die Ergebnisse einer bestimmten Strategie, einer bestimmten Handlung seltener denn je unmittelbar rückführbar sind auf bestimmte Akteurinnen und Akteure, auf einen ganz bestimmten Punkt in der Geschichte, in der etwas begonnen hat, oder auf einen bestimmten Anspruch, der formuliert worden ist und an dem dann Ergebnisse gemessen werden können. Gleichwohl würde ich mich nicht der These der vollkommenen Beliebigkeit anschließen. Ich komme nun zu einigen Kernpunkten der Kritik, die mich ursprünglich bewegt haben.

Das ist zunächst eine These: Frauenförderung im Sinne von Gleichstellung habe nichts gebracht. Diese Behauptung können wir häufig hören, auch in der Formulierung: Feminismus ist passé, hat sich selbst überlebt usw. Die häufige Wiederholung einer meiner Ansicht nach falschen These macht die These selbst nicht besser. Auf der Ebene von faktischen Verschiebungen in Organisationen können wir lernen, daß es um sehr langsame Prozesse geht, wenn in einer großen Verwaltung in immer höheren Stufen die Geschlechterasymmetrie zugunsten von Frauen verschoben werden soll. Es zeigt sich aber bei den bilanzierenden Untersuchungen, die vorliegen – es sind nicht so viele –, daß die merkwürdig scheinende Übersetzung von Frauenbefreiung in Verwaltungshandeln auf dem Wege von Frauenförderung längerfristig Auswirkungen hat und insofern Frauen-

¹ Eine Kurzfassung dieser Thesen befindet sich am Ende dieser Dokumentation.

förderung nicht erfolglos ist. Frauenförderung führt nicht unbedingt und direkt und automatisch überall zu mehr Frauen oder zu einer Umwälzung der Geschlechterverhältnisse, aber sie wirkt als innovatorisches, zunächst als Störung empfundenes Element und als Innovation innerhalb organisatorischer Prozesse und Entwicklungen. Dies hat Edith Kirsch-Auwärter sehr verdienstvoll formuliert und analysiert. Sie gibt uns Mittel an die Hand, auch *backlash*-Reaktionen in Organisationen zu interpretieren als ein Ergebnis, als eine Stufe auf dem Erfolgsweg dieser Problematik, denn die Organisation hat in dem Moment, wo sie sich mit den ihr gemäßen Mitteln zur Wehr setzt, gegen Gleichstellungspolitik zum Beispiel, das Problem bereits als eines anerkannt, das einer organisationalen Reaktion bedarf. Sie hat damit aufgehört, das Problem ausschließlich als externalisierbares zu behandeln.

Eine andere Ebene der historischen Entwertung von Frauenförderung, wenn wir es mal dabei belassen, bezieht sich auf die Akteurinnen selbst und ist hier noch einmal besonders problematisch. Christel Eckart hat unter Bezug auf die Anthropologin Mary Douglas einiges geschrieben über das institutionelle Vergessen der Frauenfrage und sich damit beschäftigt, wie Institutionen es vermögen, die retrospektiv durchaus analysierbare und wieder sichtbar zu machende Linie von Initiativen, Ideen, Vorschlägen zu dem, was dann in der Praxis tatsächlich angekommen ist, durchzuschneiden, so daß sie im weiteren Fortgang von Verfahren und Regelanwendung nicht mehr zu ihrem Ursprung rückführbar scheinen. Damit werden auch die Handlungen der Akteurinnen und Akteure in gewisser Weise entwertet. Und wir können immer einmal wieder, wenn wir uns in großen Organisationen umtun, auch diese Prozesse auf der Ebene der Individuen finden, indem nämlich Akteurinnen der ersten Stunde sagen: „Das, was jetzt herausgekommen ist, das ist nicht das, wofür wir unseren Kopf hingehalten haben. Ich schäme mich dafür. Ich habe damit nichts zu tun. Dieser Frauenförderplan, das ist ja wirklich was für die Witzbude.“ – Dies ist in der Frauenforschung diskutiert worden, zum Beispiel unter der Überschrift: *Autonomie oder Institution? Dafür bin ich nicht die Spezialistin.*

Die organisationsinterne Bearbeitung einer Thematik setzt die Uminterpretation einer Thematik nach organisationstheoretischer Ansicht voraus, denn sonst können sie in der Organisation nicht verstanden und nicht in Prozesse hineingebracht werden. Insofern kann Frauenbefreiung nicht in eine Organisation hineingebracht werden. Gleichstellung, Quotierung, Sanktionen können das hingegen schon. Dieses Verwaltungshandeln nimmt aber dann Formen an, die noch viel weniger mit der Ursprungsforderung zu tun haben als die schlichte Umformulierung, die ich soeben versucht habe. Natürlich kommt da auch eine Ungeduld hinzu, nämlich die Langsamkeit der Prozesse, in denen sich Veränderungen abspielen. Dies überfordert die Geduld vieler Akteurinnen, auch völlig zu Recht. Und jeder Erfolg, der sich als solcher dann doch identifizieren läßt, geht ja im Grunde einher mit einer Einsicht in tieferliegende Schichten des organisationalen Beharrungsvermögens.

Dies also zu dem Punkt, welche Gründe es geben mag, daß in vielerlei Hinsicht davon gesprochen wird, daß Frauenförderung im Sinne von Gleichstellung nichts gebracht habe und man deshalb zu anderen Dingen greifen müsse.

Als zweiter Punkt, der wird auch in den Thesen angesprochen, wird gesagt: Frauenförderung spreche junge Frauen, ostdeutsche und andere Gruppen nicht genug an. Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich so ist. So zeigt die des Feminismus nicht direkt verdächtige, neueste Untersuchung von *Allensbach* über junge Frauen, daß diese sehr aufgeschlossen sind für Frauenpolitik und auch den Begriffen (also Feminismus usw.) einiges abgewinnen können. Es ist sicher eine sehr wichtige Frage, ob ein Wort durch seine bloße Benutzung schon viele Gruppen so abschreckt, daß man mit ihnen nicht ins Gespräch kommt, obwohl es eigentlich leicht wäre, mit ihnen ins Gespräch zu kommen oder sogar dringend geboten. Aber ich wäre vorsichtig, es an dieser Stelle zu probieren.

Und das Dritte, das teilweise auch in den Thesen vorkommt, aber noch ganz große Weiterungen überall hat, das ist also die Behauptung: Frauenförderung habe Männer nicht angesprochen – und das solle durch ein Geschlechterdemokratiekonzept anders werden. Dazu möchte ich feststellen: Wer je geglaubt hat, daß Frauenförderung Männer ansprechen würde, der war natürlich immer schon im falschen Film. Der Weg zur Gleichberechtigung ist natürlich weit, und er geht einher mit einer Umverteilung und der anschließenden Anerkennung dieser Umverteilung – was noch eine weitere Prozedur ist. In einer der späteren Thesen werden dann die dialogischen Prozesse zwischen den Geschlechtern erwähnt, die in Gang zu setzen seien. Das ist sehr schwer. Die Trennung, die zunächst vorgenommen wird zwischen Feminismus und Geschlechterdemokratie in den Thesen drei und vier, wird inhaltlich praktisch wieder eingeholt, und es wird eine In-Bezug-Setzung vorgenommen im späteren Verlauf dieser Thesen. Das finde ich sehr interessant. An diesem Punkt würde ich aber, bezogen auf den Einbezug von Männern, dann auch fragen: Was sind eigentlich die Ansprüche, die sich damit verbinden? Da würde ich zum Beispiel sagen: Geschlechterdemokratie muß mehr heißen als beispielsweise die Durchsetzung der Sichtweise, daß Männer in sich heterogen sind. Das ist aber vielfach eine Konstruktion von Männlichkeit, mit der sich Teile der neuen Männerforschung in ihrer Selbstpositionierung schon zufrieden geben. Das tun nicht alle, aber doch eine ganze Reihe sagt: „Geschlecht ist relational. Wir interessieren uns aber jetzt erst mal für die Relation von Männern untereinander.“ Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich bin selbst auch eine Protagonistin in dieser Sache insofern, als ich mich auch mit Männerforschung befaßt und ein Buch von Bob Connell herausgegeben habe und mich in dieser Diskussion daher ganz gut auskenne und auch die Verdienste dieser Forschung anerkenne. Gleichwohl denke ich, daß mir das als eine Art von Genügsamkeit doch noch nicht einleuchtet, und ich sage es vor dem Hintergrund dessen, daß Frauen m.E. immer noch zu sehr begeistert, unverhältnismäßig dankbar sind, wenn Männer anfangen, sich selbst als Männer und als Geschlechtswesen zu thematisieren, und zwar so nach dem Motto: Wir haben das immer schon gefordert, daß sie sich endlich mal um sich selbst kümmern, damit wir das nicht dauernd machen müssen.

Ich habe das vor Jahr und Tag bei einer Kollegin erlebt, die an sich für ihre strengen Ansprüche bekannt war. Da kam ein junger Mann, der ließ sich über Frauenforschung prüfen, Thema: Frauen und Arbeitsmarkt. Sie sagte dann hinterher: „Wir müßten ihm ei-

gentlich schon eine Eins geben, denn er hat sich ja ganz gut eingearbeitet.“ Während sie bei einer Frau mit der gleichen Leistung sicher gesagt hätte: „Sie hat brav gelernt, aber keine eigene Frage oder These entwickelt. Was geben wir ihr denn?“

Bei beiden Seiten gehört also der Wille und die Fähigkeit dazu, nicht nur Frauen und Männer als sozialkulturelle Konstruktionen zu durchschauen, sondern auch sich selbst bei der eigenen Konstruktionsarbeit ertappen zu lassen, und zwar in wechselseitiger Spiegelung. Da würde also so etwas mit dazu gehören wie: „Was machen wir hier eigentlich? Wir geben ihm jetzt einen Sensibilitätsbonus oder wie?“ Während wir als Frauen – jetzt mal alles Dekonstruktive hinweggedacht – auch einen Bonus dafür kriegen, wenn wir uns in bestimmten Diskussionen als vernünftig erweisen. Dieses „vernünftig“ bedeutet zum Beispiel, daß wir uns vom Feminismus distanzieren oder daß wir uns ausdrücklich von der These distanzieren: Jeder Mann sei ein potentieller Vergewaltiger oder was der Dinge mehr sind. Dafür bekommen wir auch Bonuspunkte. Und in einem solchen Punkt eines sogenannten dialogischen Prozesses dann eine Metaebene einzuziehen und zu sagen: „Was läuft hier eigentlich? Wieso bekomme ich dafür Zustimmung und nicht für das, was ich zuvor gesagt habe?“ – das wäre eine wichtige Ebene der Analyse von Konstruktionsprozessen. Diese Ebene finde ich auch sehr faszinierend, denn einer These würde ich in jedem Fall zustimmen: Ich finde, wir haben noch sehr viel Determinierungen von sozialer Positionierung über Geschlecht, aber nicht mehr durchgängig. Das ist einfach ein gesellschaftlicher Veränderungsprozeß, an dem wir auch nicht ganz unschuldig sind. Und wir haben analog dazu auf der Ebene der theoretischen Konzeptentwicklung in der Konstruktionsdebatte auch ein Angebot zur Verarbeitung. Wie hinreichend das ist, müßte man an anderer Stelle diskutieren. Es ist sicherlich so, daß Geschlecht nicht immer mehr durchschlägt. Eine Mitarbeiterin von mir, Sylvia Wilz, hat in ihrer Dissertation anhand einer Analyse von Reorganisationsprozessen in einem Versicherungsunternehmen aufgezeigt, daß es in der Tat sehr schwierig wird, nach Geschlecht zu segregieren, wenn Anforderungsprofil, Tätigkeitsbeschreibung und das Angebot an Personal gleich sind und daß Vergeschlechtlichung sehr viel kompliziertere Wege geht und abstrakter sich ereignet, nämlich in der Verknüpfungsstruktur von verschiedenen strukturellen, normativen und symbolischen Elementen. Also nicht mehr die Schwangerschaftsunterstellung allein bringt die Frau aus diesem „Aufstiegstrack“. Es ist auch nicht mehr ohne weiteres vorhersagbar, daß, weil sie eine Frau ist, dies und jenes mit ihr geschehen wird, sondern es ist viel kontingenter geworden. Die Ebene der Vergeschlechtlichung von Entscheidungsprozessen, die ist subtiler geworden. Das Muster der Verknüpfung verschiedener Legitimationen oder verschiedener Bezugnahmen miteinander herauszufinden, das wäre eine solche Sichtweise.

Bezogen auf die Uminterpretation von Geschichte habe ich schon an anderer Stelle Thesen schriftlich ausgeführt und fasse mich diesbezüglich deshalb kurz. Wir erleben immer wieder eine Umdeutung von tatsächlichen Verhältnissen, wie zum Beispiel bei der Gleichstellungspolitik. In Nordrhein-Westfalen aber hat sich die Politik dank rot-grüner Landesregierung zu weiterführenden Eingriffen in die sich selbst tragenden Prozesse (bezogen auf Geschlechterfragen) an der Hochschule und in den Verwaltungen ent-

geschlossen und eben mit einer Soll-Bestimmung die paritätische Besetzung aller wichtigen Gremien gefordert und andere Dinge mehr. In den neuen Bund-Länder-Programmen zur Forschungsförderung soll auch neben Mitteln für Frauen- und Geschlechterforschung festgeschrieben werden, daß 40% der Mittel an weibliche Forscher zu gehen haben. Das meine ich damit, wenn ich sage: Organisationen haben begonnen, die Thematik mit ihren Mitteln und ihren Strategien zu bearbeiten. Der allererste Schritt war ein schwacher gewesen: z.B. die Frauenförderung auf der Basis von Empfehlungen und Appellen. Es wurde dann Bilanz gezogen in irgendeiner Weise, teils über Forschung, die erst mal in die Schublade kam, teils aber auch mit anderen Mitteln. Daraus wurden dann wiederum Schlüsse gezogen. Die wurden wieder irgendwie umgesetzt in ein Verfahren usw. Es ist schließlich gelungen in einer Verbindung von externer und interner Frauenbewegung – oder wir könnten auch sagen: in externer und interner geschlechtssensibilisierter Öffentlichkeit. Und es ist gelungen in den Diskursen, die diese Öffentlichkeiten erzeugen konnten, diese Organisationen dazu zu bringen, hier weitere Schritte zu gehen; wobei auch, dessen immer eingedenk, jeder weitere Schritt und seine Umsetzungsversuche auf möglicherweise tiefere oder andere Strukturen oder tiefere Schichten von Einzementierung der tradierten Geschlechterverhältnisse hinweisen. Wir alle werden Gelegenheit haben, diese Prozesse zu beobachten.

Es gibt – bezogen auf die Gleichstellung – eine Umdeutung der tatsächlichen Verhältnisse: Nicht der Skandal, daß eine Gesellschaft es sich leistet, einen großen Teil ihres qualifizierten Arbeitskräftepotentials aufgrund des Geschlechts zu diskriminieren, steht im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit, sondern die Behauptung, es solle nun Geschlecht gelten, wo bisher angeblich Qualifikationen gegolten haben. Da erscheinen dann Frauen als Angreiferinnen, die ungerechtfertigter Weise aufgrund ihres Geschlechts Vorteile erringen wollen, und Männer erscheinen als Sachwalter und Verteidiger der geschlechtsneutralen Gerechtigkeit. Die Entscheidung für einen Mann, die sie gerade getroffen haben, ist dann aufgrund verschiedener Umstände eine, die gar nichts mit Geschlecht zu tun hat. Geschlechtsblindheit von entscheidungsmächtigen Akteuren ist ein sehr wichtiger Punkt. Es zeigt sich andererseits aber – in einer starken Verkürzung dessen, was ich hier noch alles ausführen könnte –, daß sich Organisationen gleichwohl, trotz aller Geschlechtsblindheit, als beeindruckbar erweisen durch Veränderung von Rahmenbedingungen, wobei zu den Rahmenbedingungen die gesetzlichen Rahmenbedingungen gehören können, aber zum Beispiel auch Veränderungen, die sich in der Organisation selber auch wiederfinden. Das meine ich mit dieser Verbindung von externer und interner Artikulation von Geschlechterfragen.

Ich beobachte seit ungefähr der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine stark professionalisierte praktische Ebene, die der feministische Diskurs hinzu gewonnen hat und mit der wiederum auf *backlash*-Reaktionen auf erste gleichstellungspolitische Versuche reagiert wird, zum Beispiel im Rahmen der ILO, aber auch im Rahmen anderer, großer internationaler Organisationen, die von der allgemeinen moralischen Argumentationshilfe bis hin zu ganz praktischen Handreichungen reichen: Wie werde ich ein geschlechtergerechter oder frauenfreundlicher Arbeitgeber? Diese Frage kann also rück-

haltlos beantwortet und eine Fülle von Gestaltungsmöglichkeiten können an die Hand gegeben werden, die es auf ihre eigene Weise wiederum umso schwerer machen, nicht umzugestalten – so daß ich also sagen würde, es ist schon mehr als ein erster Schritt gegangen worden in der Transformation von Organisationen (in der einen mehr, in der anderen weniger): zur Transformation ihrer bisher „unbewußten“ Geschlechterpolitik, denn die These, die dahintersteht, ist, daß jede Organisation, egal, ob sie es weiß oder nicht, Geschlechterpolitik betreibt. Ich habe gerade eine Reihe von Untersuchungen an Hochschulen hinter mir, wo ich vom Rektor oder Kanzler zu hören bekam: „Sie können mir glauben, es gibt bei uns keine Diskriminierung, und wenn es sie gäbe, dann wüßte ich das.“ Das ist auch eine Geschlechterpolitik, die man einem bestimmten Typ zuordnen kann.

Ich hoffe, daß ich deutlich machen konnte, daß die These 3 („Geschlechterdemokratie und Feminismus bzw. Frauenpolitik sind zwei verschiedene Diskurse. Die Chancen, mit diesem Konzept neue Zielgruppen anzusprechen, werden vertan, wenn Geschlechterdemokratie als alter Wein in neuen Schläuchen daherkommt.“) und also die Entmischung dieser Diskurse sowie auch deren organisatorische Gestaltung – daß ich diese These ambivalent in meinem Herzen bewegt habe. Ich habe einiges dagegen gesagt, aber finde es andererseits auch nicht unrichtig zu sagen: Es gibt einen feministischen Diskurs mit einem eigenen Stellenwert, der nicht in den aktuellen Ausformungen, den die Geschlechterpolitik in Organisationen annimmt, aufgeht.

Zu den in den Thesen angesprochenen jungen Frauen könnte ich noch viel sagen; da es im Rahmen des Promotionskollegs auch um Lernen und Entwicklungsräume geht, sage ich ganz wenige Sätze dazu.

Ich habe aus verschiedenen Untersuchungen, die ich teils selbst gemacht, teils sekundär analysiert habe, den Eindruck gewonnen, daß die Situation junger Frauen heute ziemlich komplex ist. Das hängt mit dem vollständigen Sieg der Gleichheitsdiskurse zusammen und auch mit der Koedukation. Wir haben es mit einer Generation junger Frauen zu tun, für die Koedukation der Regelfall ist und auch ein Anspruch, nämlich daß sich Gleichheit und Emanzipation in Koedukation zum Beispiel ausdrückt. Und für die der Wunsch nach geschlechtshomogenen Räumen für Frauen oder der Kampf dafür teils doch etwas Merkwürdiges ist, zumal Frauen ja in der Regel das alles auch schon haben. Unsere Universität hat eine zentrale und eine Reihe dezentraler Frauenbeauftragten, ein Frauen- und Lesbenreferat, ein Frauencafé, ein Frauenforschungszentrum, fünf, demnächst sechs Frauenforschungsprofessuren und dito so viele mit Frauenforschung determinierte Mittelbaustellen, eine Abteilung Frauenforschung in der Universitätsbibliothek usw. Das erscheint ihnen nicht mehr als das Produkt von Kämpfen, sondern als Bestandteil der Institution Universität – ich zum Beispiel auch. Und jungen Männern mag es durchaus so erscheinen, als gäbe es alles Mögliche für Frauen, aber nichts für sie selbst – eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Frauen. Kollegen, auch progressiven, erscheinen separate Frauenräume meist lächerlich, zumindest überflüssig, bestenfalls als Schonraum für

diejenigen, die mit ihrer Selbstfindung noch nicht weit genug sind oder besonders schlechte Erfahrungen gemacht haben. –

Diese These des Schonraumes findet sich auch – hier überleitend zur dialogischen Struktur – in einer Untersuchung zum organisationalen Lernen über untergründigen Sexismus an unserer Uni Bielefeld, die ich gemacht habe. Das Thema Frauencolleges ist ein zwischen den Geschlechtern ungeheuer brisantes Thema. Alle Befragten, Männer wie Frauen, haben gehört, daß Frauencolleges gut für Frauen sind. Eine kleine Mehrheit der Frauen ist auch dafür, zusammen mit der Gruppe von Frauen, die eher skeptisch sind, meinen sie aber, daß die Anerkennung der Zertifikate, die man auf einem solchen College gewinnen würde, vielleicht gefährdet sei und damit seien es die Frauen selbst. Aber sie sagen auch: Frauencollege ist ein Entwicklungsraum für Frauen, ein Freiraum für Frauen. Während die Männer durch die Bank der Meinung sind: Das ist ein Schonraum und ein Schutzraum; Frauen müssen frühzeitig das richtige Leben kennen lernen. – Dieses richtige Leben spielt sich nach Meinung der Männer in Konfrontation mit Männern ab und kann in Konfrontation mit Frauen offensichtlich nicht kennengelernt werden, so daß ein Frauenraum für Frauen auch für Männer im Grunde keine Herausforderung zu beinhalten scheint. Das, denke ich, ist so eines der Themen. Ich weiß jetzt leider zu wenig über das Gendertraining bei der Heinrich-Böll-Stiftung, aber so ein paar Themen, mit denen wir uns befaßt haben – da würde ich gerne mal Mäuschen spielen und gucken, wie das hier diskutiert wird und welche Bewegungen man da sehen kann und wie die Verständigungsmöglichkeiten verlaufen.

Der durchgehende Sieg der Gleichheitsdiskurse und daß wir alles erreicht haben, macht es für junge Frauen umso schwieriger, gleichwohl Diskriminierungserfahrungen mitzuteilen. Es fängt schon damit an, Erfahrungen wie Belästigungen oder so etwas vor sich selber ernst zu nehmen. Die Ebene der Unterschwelligkeit wird wichtiger, es gibt also eine Subtilisierung von Diskriminierung, die auch eintritt, wenn eine junge Frau nach einer Seminarerfahrung sagt: „Ich war völlig baff. Der ratterte das runter, was wir machen werden, und an keiner einzigen Stelle werden Frauen erwähnt. Dann zeige ich auf und sage: Ja, und die Frauen? – Sagt er: Ach ja, natürlich die Frauen. Das können Sie ja dann machen.“ Damit hat sie sich so als Frau geoutet und zur Frau gemacht, konstruiert, obwohl sie sich ja als angehende junge Wissenschaftlerin geäußert hat, die die Vollständigkeit oder in elaboriertem Sinn die Geschlechtsneutralität ihrer Wissenschaft anmahnen wollte. Und gerade die Soziologie, aber auch andere Wissenschaften, sind voll von systematisch erzeugten Abwertungen des Weiblichen und von Platzverweisen an das Weibliche.

Frauenförderung ist also durchaus als paradoxe Intervention zu sehen, so auch die Frauenforschung, nämlich mit der Überbetonung des Merkmals Frau, um es dereinst seiner Kraft als statuszuweisenden Merkmals zu berauben, und die Gegenbewegung dazu und die teilweise heftige Abwehr als eine Art paradoxe Anerkennung. Ich habe eine Untersuchung an allen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen vor einiger Zeit abgeschlossen. Da ging es um die Frage: Wie haltet Ihr es mit der Frauenförderung? Es gab

Grundsätze dazu, die waren eingeführt worden, das sollte die Evaluierung dann werden. Es stellte sich dann heraus, daß die Rektoren und Kanzler zum größten Teil der Meinung waren: Ein frauenfreundlicher Rektor ist mehr wert als jede frauenfördernde Regelung. Es stellte sich dann aber in der Feinanalyse heraus, daß die Grundsätze durchaus Wirkungen gehabt haben, aber daß jeder sagen würde: Frauenförderkriterien haben bei uns überhaupt keine Rolle gespielt. Das ist ein Beispiel für diese paradoxe Wirkung. Wir müssen angesichts einer asymmetrischen Geschlechterkultur und des Wissens über Geschlecht und Organisation eben im Kopf behalten, daß es viele, viele Situationen gibt, wo wir das, was der Fall ist, nicht alleine dadurch erfahren, daß wir Leute befragen, was ihrer Meinung nach der Fall gewesen sein könnte.

Noch kurz etwas zur These 4: Demokratie ist ja eine Uridee aus der Geschichte der Zivilisation, die wie diese selbst auf einer Differenzbildung basiert, obwohl sie eine Metaphorik des Einschlusses hat, nämlich das Volk, oder: alle Menschen sind frei und gleich geboren. – Es stellt sich aber geschichtlich heraus, daß dies nicht für alle gilt, zum Beispiel die den Menschen-Status abgesprochen bekommen haben wie die Sklaven oder Frauen. Daher hat Geschlechterdemokratie auch den Anspruch, den Begriff der Demokratie in gewisser Weise zu sich selbst zu bringen und diesen Begriff sehr, sehr ernst zu nehmen. Die Frage ist dann natürlich: Sind die Ausgangspositionen von Frauen und Männern schon so gleich, daß sie gleichgewichtig sind? Wie wird mit Diskusserfahrungen umgegangen, die nicht aus der Verhandlungssituation allein entstehen, aber in diese hineinwirken? Und schließlich: Kann es Mehrheitsentscheidungen in Geschlechterfragen geben? Mehrheitsentscheidungen werden ja als ein Element von Demokratie verstanden. Aber da haben wir zum Beispiel bei der Thematik „Sexuelle Belästigung: softe Formen, pornographische Bilder“ in der Vollerhebung einer Hochschule herausgefunden, daß die meisten Männer sagen: Das ist für mich keine sexuelle Belästigung. Die Frauen sind in genau zwei Hälften geteilt: Die eine Hälfte sagt: Das ist eine, die andere Hälfte sagt: Nein, das ist keine. So kommt eine Mehrheit heraus: Es ist keine. Ist es jetzt eine oder ist es keine? Das nur zur Demokratie.

These 7 sagt, daß die Stiftung extern Anerkennung erfährt für Geschlechterdemokratie, intern aber die Erfolge von Kolleginnen unsichtbar gemacht werden, indem das Defizitäre in den Vordergrund gerückt wird. Ich hoffe, daß ich dazu schon einiges gesagt habe, wie das meiner Meinung nach kommen kann und welche Prozesse sich da überlagern, daß das aber nichts daran ändert, daß es ein großer Erfolg ist, das Thema durchgesetzt zu haben.

Die Frage ist ferner bei dieser Geschlechterdemokratie: Wie wird eigentlich Männlichkeit konstruiert? Ich habe schon ein wenig dazu gesagt, in dem ich auf die euphorische Überbereitschaft zum Entgegenkommen hingewiesen habe. Die Position der Männerforschung ist als solche nach meinem Überblick dazu immer noch vom Autor abhängig. Es gibt eine ganze Reihe von Autoren, die die Männlichkeit als bedrohte konstruieren. Und deshalb sind Männer im Grunde auch die problembeladeneren, gerade weil die traditionelle Männlichkeitsrolle ihnen aufoktroiert, alle Probleme immer lösen zu können, und

das konnten sie noch nie und jetzt besonders nicht, weil dazu ja noch die Frauen ihren traditionellen Platz in der Gesellschaft verlassen haben und deshalb Männer ihren Platz nicht mehr finden können. Frauen erscheinen in dieser Sichtweise oft als die nunmehr Mächtigeren im Geschlechterverhältnis, die noch dazu zum Beispiel durch Lehrstühle für Frauenforschung oder Quotierungsmaßnahmen Vorteile genießen, über deren Berechtigung man nun wirklich streiten kann. Auch reproduzieren einige Teile, nicht alle, der neuen Männerforschung meiner Meinung nach eine tradierte kulturelle Verachtung von Weiblichkeit, die aber bisher nicht erkannt wird als Problem der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlechtlichkeit in einer asymmetrischen Geschlechterkultur. Für einige scheint der Feminismus per se ein Ort platter Argumentation zu sein, für andere ist Frauenforschung immer noch etwas, das Männer ausschließt, weshalb Geschlechterforschung als Forschung für Männer reklamiert wird, und andere kennen wichtige Arbeiten der Frauenforschung zu Themen, an denen sie selbst arbeiten, aber die sind alle englischsprachig oder viele Jahre alt; die neuere Arbeit wird da nicht zur Kenntnis genommen und deshalb kann für die eigene Arbeit Originalität beansprucht werden. Das ist nicht für alle so, aber manchmal habe ich den Eindruck, daß Frauenforschung nicht als Produkt von Kämpfen und als Motor von Geschlechterauseinandersetzung begriffen wird, sondern als institutionalisierte Frauenmacht, die gegen den jugendlich frischen Ansturm der Männerforschung ihre ungerechtfertigten Privilegien verteidigen will. Das ist jetzt ein bißchen persifliert, aber ich will nur sagen: Die dialogische Struktur ist eine hochanspruchsvolle Konstruktion, in die wir eine Reihe tradierter geschlechterkultureller Elemente mit hineinbringen, die wir nicht alle an einem Tag und in ein und derselben dialogischen Situation werden bearbeiten können. Es gibt dafür noch verschiedene Beispiele, die ich aber jetzt nicht mehr vortragen kann.

In diesem Sinne möchte ich abschließend sagen, daß ich die Thesen, die ich jetzt im einzelnen nicht mehr habe würdigen können, als eine Aufforderung betrachte, die Christel Eckart sehr schön formuliert hat und die ich immer begeistert zitiere. Sie sagt in ihrem Aufsatz über das institutionelle Vergessen: Aus verschleierte Geschlechterdifferenzen müssen artikulierte Geschlechterkontroversen werden. – Das ist nach meiner längeren und widersprüchlichen Beschäftigung mit den Thesen von Gunda Werner das, was meines Erachtens ihr Herz ausmacht, ihre Strategie, ihre Erfahrung, auch die Leidenschaft und Leidenserfahrung, die da mit drinsteckt. In diesem Sinne würde ich sagen, bin ich gerne damit einverstanden und fühle mich geehrt, daß das Kolleg diesen Namen bekommt.

Prof. Dr. Ursula Müller ist Professorin für sozialwissenschaftliche Frauenforschung an der Universität Bielefeld und Leiterin des Interdisziplinären Frauenforschungszentrums (IFF). Einer ihrer aktuellen Forschungsschwerpunkte ist „Geschlecht und Organisation“ (z.B. in den Bereichen Polizei und Hochschule) sowie diversity.

Literatur

Connell, Robert W.: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Reihe Geschlecht und Gesellschaft Band 8, Opladen 1999

Douglas, Mary: Wie Institutionen denken, Frankfurt a.M. 1991

Eckart, Christel: Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen, in: Feministische Studien I/1995, S. 82-90

Kirsch-Auwärter, Edit: Anerkennung durch Dissidenz. Anmerkungen zu einer Kultur der Marginalität, in: Dies./Modelmog, Ilse (Hrsg.): Kultur in Bewegung, Freiburg 1996 (1996a), S. 25-47

Kirsch-Auwärter, Edit: Emanzipatorische Strategien an den Hochschulen im Spannungsverhältnis von Organisationsstrukturen und Zielvorstellungen, in: VBWW Rundbrief 12/1996 (1996b), S. 51-55

Lim, Lin Lean: More and better jobs for women. An action guide, ILO (International Labour Organization), Geneva 1996

Müller, Ursula: Von der Gegen- zur Interventionskultur: „Frauenforschung“ als institutionalisierte Sozialwissenschaft, in: Metz-Göckel, Sigrid/Steck, Felicitas (Hrsg.): Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich, Reihe „Geschlecht und Gesellschaft“, Band 7, Opladen 1997

Müller, Ursula: Geschlecht und Organisation. Traditionsreiche Debatten – aktuelle Tendenzen, in: Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko (Hrsg.): Transformation – Unternehmensreform – Geschlechterforschung, Reihe „Geschlecht und Gesellschaft“, Band 22, Opladen 1999

Wilz, Sylvia M.: Geschlecht und Organisation – strukturelle Bindungen und kontingente Kopplungen (Dissertation), erscheint im Herbst 2001 bei Leske + Budrich, Opladen

Ilse Lenz

GESCHLECHTERDEMOKRATIE, FRAUENBEWEGUNGEN UND ORGANISATIONSREFORM IM GLOBALEN KON- TEXT

Berlin als Stadt der Begegnungen und Veränderungen eignet sich besonders für die Eröffnung des Promotionskollegs „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“. Hier versuchte die Geschlechterdemokratie erste Schritte im Rahmen des Nationalstaats: 1887 forderten breite Kreise der bürgerlichen Frauenbewegung eine gute Bildung für Mädchen, und 1895 brachte August Bebel für die SPD erstmals im Reichstag das Frauenwahlrecht ein (Gerhard 1990, S. 140ff; 223). Die verschiedenen Zirkel der radikalen bürgerlichen Frauenbewegungen verlangten Selbstbestimmung über Körper, Mutterschaft, Sexualität und Frauenrechte.

Allerdings vollzogen sich diese ersten Schritte zur Geschlechterdemokratie im Laufstall des Nationalstaats. Während Louise Otto Peters, eine der wichtigsten Führerinnen der Frauenbewegung im 19. Jahrhundert, schrieb: „Dem Reich der Freiheit verb ich Bürgerinnen“, gründete sie 1865 mit anderen den „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“.

Der darauffolgende Dachverband von 1880, der eher bürgerliche „Bund Deutscher Frauenvereine“, war durch eine liberale und nationale Grundhaltung gekennzeichnet. In seinen antiwestlichen und antisemitischen Tendenzen vor allem nach 1914 zeigte sich eine Selbstblockierung dieser Anfänge der Geschlechterdemokratie, die im Rahmen der nationalen hegemonialen Geschlechterordnung verharrten. In ihren neuen Weiblichkeits-Normierungen wurde sie teils modernisiert, teils aber auch überschritten.

Aber in Berlin zeichneten sich auch latente weiterführende Entwicklungslinien ab, fand hier doch 1904 ein großer internationaler Frauenkongreß statt, der weiterführende Impulse für die Frauenbewegung in Deutschland gab (Gerhard 1990, S. 181; Rupp 1997). Alice Salomon, die die Sozialarbeit für Frauen mitbegründete und professionalisierte, schlug in ihrer feministischen Aktivität internationale Brücken zu den Frauenverbänden in England und den USA. Rosa Luxemburg griff hier die Massaker der deutschen Kolonialverwaltung an den Afrikanern an. So entwickelten sich in den ersten Wellen der Frauenbewegungen, die sich im Rahmen der Nationalstaaten entwickelten, bereits erste internationale Kontakte und organisatorische Netzwerke.

Die Neuen Frauenbewegungen nach 1965 bildeten Pionierinnen der internationalen Zivilgesellschaft und der Globalisierung. Sie versuchten im Zusammenhang der Dekaden der Frau 1975-1995 internationale gleichheitliche Regulierungen zu erreichen. Für diese Prozesse sind die Ansätze von *global governance* und Geschlechterdemokratie eingebracht worden. Beide sind nützlich als „heuristische Konzepte“ um diese neuen Entwicklungen wahrzunehmen und zu verstehen. Ich will im folgenden kurz eine Arbeitsdefinition von Globalisierung entwerfen. Darauf will ich beide Ansätze kurz in ihrer Relevanz für das neue Promotionskolleg beleuchten.

Was ist Globalisierung?

Den raschen Internationalisierungsprozessen ist eine offene, prozeßorientierte und komplexe Definition angemessen, die die vorherrschende ökonomisch-deterministische Sicht hinterfragt. Ich schlage vor, unter „Globalisierung“ eine *Koppelung heterogener und dezentrierter Prozesse mit offenem Ausgang* zu verstehen, die auf unterschiedlichen historischen Vorgängen beruhen und den gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren potentiell neue Optionen und Risiken eröffnen.

Die historischen Voraussetzungen lassen sich kurz zusammenfassen als der Prozeß der Internationalisierung, der von Westeuropa ausging und von den entstehenden modernen Nationalstaaten entfaltet wurde. Diese Nationalstaaten versuchten, den Rest der Welt zu kolonialisieren; ihre Modernisierung beruhte nach außen auf der Etablierung internationaler Ungleichheit und Ausbeutung. Auch die erfolgreiche Übernahme des westlichen Nationalstaatsmodells, wie in Japan oder später in den ostasiatischen Schwellenländern, hat diese Grundstruktur nicht aufgebrochen. Die antikolonialen Bewegungen mußten das Modell des Nationalstaats übernehmen, um ihre formale Selbständigkeit durchzusetzen. Das Paradox liegt darin, daß *die Vernationalstaatlichung der Welt zugleich mit einer Vertiefung und Verdichtung der Internationalisierung* ab der Mitte des 20. Jahr-

hunderts verlief. Diese Intensivierung der Interdependenzen führt dazu, daß nun auch erstmals die führenden westlichen Nationalstaaten in ihrer bisherigen äußeren und inneren Entscheidungsmacht beschränkt werden – was als „Globalisierungsschock“ ankommt.

Die folgenden vier Prozesse erscheinen mir besonders relevant für ein Verständnis von Globalisierung: 1. das Ansteigen politischer Interdependenzen; 2. die Zunahme wirtschaftlicher Interdependenzen; 3. die Internationalisierung ökologischer Risiken; 4. die wachsende internationale Kommunikation und Mobilität.

Zu 1. Wachsende politische Kooperation und Interdependenzen in einer weiterhin hierarchisch geordneten, aber entkolonialisierten Staatengemeinschaft. Angesichts der formalen Unabhängigkeit fast aller Gesellschaften, der regionalen Differenzierung zwischen Wachstumsregionen wie Ostasien und Ökonomien in der Krise, wie in weiten Teilen Afrikas, trifft das Kolonialismusparadigma nicht mehr; wir leben in einer postkolonialen Welt. Die Nationalstaaten verlieren an Bedeutung; sie werden relativiert, aber nicht irrelevant. Supranationale Verbände (die EU, UNO u.a.) gewinnen an Bedeutung. Allerdings zeigen diese ein manifestes Demokratie-Defizit, da die Demokratie-Konzepte auf internationaler Ebene noch nicht hinreichend entwickelt sind. In Fragen der Geschlechterdemokratie ist dieses Defizit eklatant: Der Frauenanteil in Führungspositionen der UN war um 1970 noch verschwindend gering und lag 1995 bei 13% (Knaup 1998, S. 90). Im Europäischen Parlament stieg er von 16,1% (1979) auf 27,6% 1995 (Höcker 1998, S. 384). Doch bilden sich Ansätze zu einer internationalen Zivilgesellschaft heraus, u.a. in der Ökologie- und der Frauenbewegung (s.u.).

Zu 2. Wachsende wirtschaftliche Interdependenzen aufgrund der Internationalisierung der Finanz- und Arbeitsmärkte mit einer fortbestehenden Dominanz der führenden Wirtschaftsregionen (USA, Japan, Europa). In der neueren Diskussion wird vor allem die Rolle der grenzenlosen, entfesselten Finanzmärkte hervorgehoben. Denn die wachsende Bedeutung von internationalen Finanzmärkten verstärkt – über die Devisen- und Anlagegeschäfte – die Orientierung zum *shareholder*-Kapitalismus, in dem vor allem hohe, rasch aktualisierbare Renditen wichtig sind (vgl. Altvater; Mahnkopf 1996; Trinczek 1999).

Die Unternehmen als marktorientierte, zentrierte Organisationen entwickeln internationale Kooperationen und Strategien, die sich in erhöhter Mobilität von Ansiedlungen rund um den Globus ausdrücken. Sie können ihre Optionen erweitern und variieren. Deswegen steigt die Macht großer wirtschaftlicher Organisationen, während die der Nationalstaaten relativiert wird. Neben der Ebene der Region (s.o.) wird die Mesoebene von Organisationen wichtiger.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung werden einerseits neue geschlechtliche oder nationale Segregationen auf dem Arbeitsmarkt gezogen (vgl. Young 1997), u.a. indem durch Produktionsverlagerungen in den Süden oder Osten neue Sektoren mit Niedriglohn und einfacher Arbeit geschaffen werden; andererseits werden herkömmliche ge-

schlechtliche Grenzziehungen diffus oder verunsichtbart; so kann sich wie bei EDV oder Finanzdienstleistungen eine Beschäftigung qualifizierter Frauen *und* Männer ergeben, die jedoch vom Arbeitsmarkt-Umfeld abgeschottet ist (vgl. Wichterich 1998, S. 84ff). Frauen sind inzwischen auch auf höheren Managementebenen marginal integriert, und sie besetzen – noch als Minderheit – auch mittlere Positionen (vgl. Rommelspacher 1998; Wichterich 1998). Die Annahme einer einheitlichen Betroffenheit durch die Globalisierung wird durch die Spreizung der weiblichen Beschäftigtengruppen widerlegt. Wenn Frauen jedoch auch als „Macherinnen“ eher auf ungleichen Positionen in die Organisationen eingeschlossen wurden, stellen sie bei den Entscheidungspositionen immer noch eine kleine Minderheit dar.

Die ökonomischen Krisen und der Umbau oder Rückbau des Sozialstaats wirken – je regional unterschiedlich – auf eine Umstrukturierung im Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit hin: Es entsteht ein verstärkter Druck zur Übernahme von flexibilisierter und irregulärer Erwerbsarbeit und zugleich zur Aufnahme von unbezahlter Reproduktionsarbeit zur Kompensation der prekären Einkommen und sozialen Sicherungen. Kleingärten zur Sicherung der Haushaltsernährung, Einkommen aus dem informellen Sektor und flexible Jobs werden kombiniert, um das Überleben zu ermöglichen. Gegenüber dem Markt, besonders dem Arbeitsmarkt, wird unbezahlte Arbeit, die weltweit überwiegend Frauenarbeit ist, erneut verunsichtbart. Es läßt sich vermuten, daß die Mobilisierung der „globalisierten Frau“ in die Erwerbsarbeit mit einer regional zunehmenden Belastung durch unbezahlte Arbeit kumuliert.

Zu 3. Ökologische Einflüsse bleiben nicht national begrenzt, sondern werden zunehmend global fühlbar. (In diesem Kontext gehe ich nicht näher darauf ein.)

Zu 4. Wachsende internationale Kommunikation und Mobilität, wobei drei Prozesse besonders wichtig sind:

- Es bildet sich eine „raumübergreifende Gleichzeitigkeit“ von Kommunikation heraus, vermittelt durch die neuen Kommunikationstechnologien. Die Ubiquität und Synchronität (Überörtlichkeit und Gleichzeitigkeit) der Kommunikation wird oft mit dem Bild der Netzwerke im Internet veranschaulicht.
- Zugleich bilden sich internationale Diskurse über Menschenrechte, Demokratisierung von unten und Freiheit von Gewalt und Ungleichheit heraus. Sie haben längst interkulturelle Austauschformen und ein synkretistisches Denken entwickelt, die mit den herkömmlichen Vorstellungen von jeweils unterschiedlichen Kulturen nicht zu erfassen sind. Parallel dazu entstehen internationale Bündnisse: Frauen aus dem Süden um das Netzwerk DAWN (vgl. DAWN 1995), aus dem Osten und dem Norden suchten auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 gemeinsame Strategien zur Gleichheit in der Arbeit.
- In der Migration werden auch Individuen und Gruppen mobil und bilden *transnational communities*, in denen kulturelle Synthesen erprobt, neu gemischt und teils an die Zielländer vermittelt werden. Eine weitere wichtige Vermittlergruppe sind die „transnationalen Intellektuellen“ aus Wissenschaft, Journalismus oder Kunst, die

Prozesse transnational wahrnehmen, kulturelle Elemente und Denken kombinieren und weitergeben. Diese Prozesse um die Migrantinnen und Migranten sowie die transnationalen Intellektuellen werden als Transnationalisierung begriffen.

Ich möchte also eine prozeßorientierte Arbeitsdefinition von Globalisierung vorschlagen: Ich verstehe darunter eine Koppelung von Prozessen mit offenem Ausgang, in denen wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Interdependenzen zunehmen, in denen sich globale Kommunikation und Mobilität verbreiten und in denen neue Akteure, vor allem supranationale Verbände, multinationale Unternehmen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Ansätzen Einfluß gewinnen. Dabei erweitert sich das Spektrum ihrer jeweiligen Optionen einerseits im Zusammenhang mit ihren jeweiligen materiellen, organisatorischen und Machtressourcen, andererseits im Zusammenhang ihrer Orientierungs- und Lernfähigkeit im komplexen globalen Spiel.

Allerdings leben wir nicht in einer globalisierten Weltgesellschaft; vielmehr wirken sich die Globalisierungsprozesse vermittelt mit den Nationalstaaten und den Regionen aus. So erhalten die Migrantinnen und Migranten ein Aufenthaltsrecht durch die Nationalstaaten, und sie werden auf lokaler Ebene angeworben und beschäftigt. Es werden folgende Ebenen wichtig:

- die globale Ebene,
- die Weltregionen (vor allem Europa, Ostasien, US und NAFTA), die sich als wirtschaftliche und zunehmend auch als politische Zusammenhänge herausbilden,
- der Nationalstaat,
- die Region,
- die Betriebe,
- die Familien als Ort der Versorgungsarbeit (Reproduktion).

Die Globalisierung wird auf lokaler Ebene wirksam; diese Prozesse ihrer Vermittlung mit lokalen Netzwerken, Betrieben und Haushalten sind sehr passend als „Glokalisierung“ bezeichnet worden (u.a. Altvater, Mahnkopf 1996).

Besonders wichtig sind die Handlungsoptionen, die sich aus dem Wechselspiel dieser Ebenen ergeben können. Bestimmte Akteure haben spezifische Chancen im globalen Spiel: Frauennetzwerke können versuchen, sich auf internationale Regulierungen wie z.B. die Erklärung zu Mainstreaming der UN-Weltfrauenkonferenz 1995, die für die EU 1997 (in den Amsterdamer Beschlüssen) übernommen wurden, zu beziehen und sie im nationalen und lokalen Rahmen einzubringen. So geht z.B. das sehr weitgehende Gleichstellungsgesetz in NRW teils auf Mainstreaming zurück.

Optionen und internationale Ungleichheiten

Die Veränderung von Optionsräumen läßt sich im Anschluß an die Diskussion der sozialen Steuerungssysteme von Altvater und Mahnkopf beleuchten (vgl. 1996, S. 29ff): Die

Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Globalisierungsprozessen läßt die bisherigen Ansätze über Steuerungsprozesse im Nationalstaat als zu eng erscheinen. In der Globalisierung werden drei Steuerungssysteme parallel wirksam, die miteinander in Wechselwirkung stehen: der Markt, der Staat (Hierarchie) und die Netzwerke (ibid.).

Die These von den drei parallel wirksamen Steuerungssystemen *Markt, Staat, Netzwerke*, die miteinander in Wechselwirkung stehen, könnte ein anderes Verständnis von internationaler Regulierung begründen, als es gegenwärtig im neoliberalen Diskurs vertreten wird. Dieser geht von einem sich selbst regelnden Markt aus, der ohne staatliche Regelungen zu einem Gleichgewicht führe.

Im folgenden möchte ich *soziale Regulierung* in dem Sinne verstehen, daß politisch Regeln für gesellschaftliche und wirtschaftliche Steuerung im Wechselspiel von Markt, Staat und Netzwerken in dem Sinne entwickelt werden, daß sie der sozialen Wohlfahrt dienen. Dies kann durch eine Betonung von staatlich-politischen Faktoren oder von Marktanreizen oder von Elementen für Netzwerke in der (internationalen) Zivilgesellschaft konzipiert werden. Ich nehme an, daß die Entwicklung von so verstandenen internationalen Formen und Ansätzen der Regulierung wesentlich für die soziale Gestaltung der Globalisierung ist.

Dabei ist die Frage der Akteurinnen und Akteure und der Handlungsfähigkeit (*agency*) im Kontext dieser Steuerungslogiken zentral. Im Zuge der Herstellung einer raumübergreifenden Gleichzeitigkeit und der Verdichtung der Kommunikation haben sich die Optionen von Frauenbewegungen und -netzwerken verändert.

Auf der Grundlage bisheriger internationaler und schicht-, kultur- und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten haben soziale oder zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände in der Regel geringere Ressourcen vor allem in organisationsrelevanten Bereichen. Dies drückt sich zunächst in Marginalisierung und Ausschluß aus. Die Armen, die Arbeiter oder Bauern im Süden und Osten haben geringen Zugang zu organisationsrelevanten Ressourcen wie Geld, Wissen oder internationaler Kommunikation, z.B. dem Internet. Für Frauen sind aufgrund der Diskriminierung in bezug auf Bildung, Eigentums- und Erbrecht und Technizugang die Barrieren noch höher.

Allerdings wirken die Globalisierungsprozesse nicht einfach als Verstärker vorgängiger Ungleichheiten. Vielmehr können Akteure auch aus unterlegenen Positionen heraus Fähigkeiten und Vermögen zur internationalen Orientierung und Kommunikation sowie zum organisationalen Lernen entwickeln, die ihnen den Aufbau von zukunftssträchtigen Kommunikations- und Organisationsformen im globalen Kontext ermöglichen. Ein gutes Beispiel sind die Prozesse internationaler Vernetzung von Frauen aus allen Teilen der Welt während der UN-Dekaden der Frau.

Internationale Orientierungsfähigkeit, wie Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Prozesse und Strukturen, institutionelles Wissen und Zugang zu internationaler Kommunikation, wird eine kollektive Ressource für Organisation und Verhandlungen im Globalisierungsprozeß. Besonderes Interesse gilt in diesem Zusammenhang den internationalen Netzwerken von Frauen- und anderen sozialen Bewegungen. Verhandlungen aus asymmetrischen Positionen müssen nicht von vornherein zur Erfolglosigkeit

verdammt sein, sondern können globale Regulierungen wie in der Erklärung von Peking 1995 erreichen.

Global Governance und Geschlechterdemokratie

Global Governance und Geschlechterdemokratie sind sehr relevant, um diese Ansätze zur Regulierung wahrzunehmen und auszuleuchten. Allerdings liegt ihr Nutzen m.E. im heuristischen Gehalt, d.h. wieweit sie bei der Untersuchung dieser neuen globalen Handlungsfelder, Netzwerke und Ergebnisse fruchtbar zu machen sind. Eher skeptisch wäre ich, sollten sie normativ gewendet werden, d.h. als normative Anforderung an weitgehend anders verlaufende Prozesse angewandt werden.

Feministische Autorinnen und Autoren haben diese Ansätze für das Spannungsverhältnis von Geschlecht und Globalisierung erschlossen (vgl. Holland-Cunz 1999; Ruppert 1998; 1998a; 1998b).

Das Konzept der *global governance* hat zwei Aspekte:

- 1) Der Prozeß des Zusammenwirkens von supranationalen Verbänden, Staaten und verschiedenen Interessengruppen oder NROs bei der Suche nach einem Interessenausgleich angesichts der neuen Qualität globaler Problemlagen: *global governance* erfaßt die Wechselverhältnisse zwischen supranationalen, nationalen und lokalen Organisationen und die Ausweitung von Kooperations- und Partizipationsansätzen. Allerdings verläuft sie in bisher ungeklärter Weise im gleichen Feld wie die Entscheidungsfindung etablierter und mächtiger Institutionen wie der IWF, die Weltbank, die ILO oder die WTO im Bereich globaler Wirtschaft und Arbeit (vgl. Brunengräber 1997; Ruppert 1998b).
- 2) Als dessen Ergebnis die Entwicklung von Institutionen und Regulierungen in einem oder mehreren Politikfeldern z.B. von Gleichberechtigung der Geschlechter, Frieden oder Ökologie: Sie bilden sich in diesem Wechselverhältnis von Staaten, supranationalen Verbänden und NROs, Netzwerken und Gruppen heraus. Wesentliche Beispiele sind die sozialen und die Frauenkonferenzen der UN während der 1990er Jahre. Sie führten zu Beschlüssen der Mehrheit der Staaten, die bei einer staatlichen Unterzeichnung bzw. Ratifizierung bindende Funktion haben; allerdings bedarf auch ihre Durchsetzung des aufeinander sich beziehenden Engagements dieser verschiedenen Akteurinnen und Akteure.

So etwa ließe sich *global governance* in bezug auf Geschlechtergleichheit konzipieren, die sich auf Aushandlungsprozessen zwischen der EU, nationalen Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und NROs aus der Frauen- und der Entwicklungsbewegung - beziehen könnte. Akteurinnen und Akteure in Deutschland könnten sich u.a. auf die Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz von Peking und auf die europäischen Beschlüsse und Regelungen (u.a. im Amsterdamer Vertrag) stützen. Zugleich sollten sie sich am Ziel der internationalen Solidarität und des Ausgleichs mit Frauen im Süden und Osten ori-

entieren. Darin läßt sich neben dem Motiv von *international and gender justice* durchaus ein langfristiges Eigeninteresse benennen: Denn nur so ist die Lohnkosten- und Belastungskonkurrenz als Spirale der Arbeitsbedingungen nach unten zu verlangsamten bzw. können internationale Allianzen für eine langfristige globale Regulierung aufgebaut werden.

Allerdings ist angesichts der existierenden wirtschaftlichen und politischen globalen Interessen und etablierten Institutionen eine Entwicklung und Umsetzung von Regulierungen, die *international and gender justice* anzielen, schwer zu verwirklichen. Uta Ruppert argumentiert, daß *global governance* im obigen Sinne eine Veränderung der Strukturen voraussetzt, wie sie die internationalen feministischen Bewegungen und Netzwerke aus dem Süden seit längerem fordern. Neben den Möglichkeiten der Bestimmung konvergenter und gemeinsamer Ziele trotz der komplexen Differenzen zwischen Frauen in der Welt ist das *transformative Potential* der Frauenbewegungen eine (noch ungelöste) Zukunftsfrage (Ruppert 1998b).

Schließlich beruht *global governance* auf erweiterter Partizipation von Frauen und im politischen und wirtschaftlichen Prozeß Marginalisierten. Deswegen läßt sie sich mit dem Ziel globaler Geschlechterdemokratie verbinden. Diese Forderung müßten die internationalen und nationalen Frauennetzwerke auch auf sich selbst beziehen. Sie stellen einen dynamischen Faktor der internationalen Intellektuellen und Gegeneliten dar: Inwiefern vermitteln sie sich noch zu Frauen an der Basis, inwiefern gleichen sie sich den etablierten Eliten an? Aber Frauenbewegungen bilden zugleich einen grundlegenden Faktor der Demokratisierung: Sie bringen Frauen in die Politik hinein, die bisher weitgehend ausgeschlossen waren, und verändern sie zugleich. Deswegen sind Forschungen zu globaler Geschlechterdemokratie und *global governance* sehr wichtig und das Promotionskolleg wird hoffentlich neue Perspektiven eröffnen und beitragen können.

Prof. Dr. Ilse Lenz ist Professorin für Soziologie (Geschlechter- und Sozialstrukturforschung) an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Globalisierung und Geschlecht, Frauenbewegungen im int. Vergleich, Theorien zu Geschlecht und Ethnizität. Mitherausgeberin der Reihe „Geschlecht und Gesellschaft“ im Leske + Budrich Verlag.

Literatur

Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.

Broadhead, Lee-Anne (2000): Re-packaging notions of security: A sceptical feminist response to recent efforts. In: Jacobs, Susie et al. Hg.: States of conflict. Gender, Violence and resistance. London, S. 27-45.

Bulbeck, Chilla (1998): Reorienting Western Feminisms. Women's Diversity in a Postcolonial World. Cambridge.

Connell, Robert W. (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen.

- Dackweiler, Regina (2000): „Wir sind der Nukleus der globalen Zivilgesellschaft“ – Zusammenspiel und Wechselverhältnis der internationalen und nationalen Frauenbewegungen am Beispiel des österreichischen Gewaltschutzgesetzes. In: Lenz, Mae a.a.O., S. 167 - 199.
- DAWN (1995): Securing our gains and moving forward to the 21st century. A position paper by DAWN for the Fourth World Conference on Women, Beijing.
- Gerhard, Ute (1990): Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek.
- Höcker, Beate (Hg.) (1998): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen.
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen.
- Klingebl, Ruth; Randeria, Shalimi (1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn.
- Knaup, Bettina (1998): Frauen und politische Entscheidungsmacht: Von fernen Zielen und drohenden Rückschritten. In: Klingebl, Ruth; Randeria, Shalimi: Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn, S. 86-112.
- Lenz, Ilse (2000): Globalisierung, Geschlecht, Gestaltung? In: Lenz, Ilse u.a. (Hg.): Geschlecht - Arbeit - Zukunft. Münster, S. 16-49.
- ; Mae, Michiko (Hg.) (2000): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen.
- Meyer, Mary; Prügl, Elisabeth (1999): Gender politics in global governance. Lanham u.a.
- Ruppert, Uta (Hg.) (1998): Lokal bewegen, global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt, New York.
- Ruppert, Uta (1998a): Theorien internationaler Beziehungen aus feministischer Perspektive. In: Dies. (Hg.): Lokal bewegen, global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt, New York, S. 27-56.
- Ruppert, Uta (1998b): Perspektiven internationaler Frauen(bewegungs)politik. In: Dies. Hg.: Lokal bewegen, global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt, New York, S. 233-256.
- Schmidt, Verena (2000): Zum Wechselverhältnis zwischen europäischer Frauenpolitik und europäischen Frauenorganisationen. In: Lenz, Mae a.a.O., S. 133-167.
- Schwenken, Helen (2000): Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Lenz, Mae a.a.O.
- Trinczek, Rainer (1999): „Es gibt sie, es gibt sie nicht, es gibt sie, es...“ - Die Globalisierung der Wirtschaft im aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurs. In: Schmidt, Gerd; Trinczek, Rainer (Hg.): Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Soziale Welt Sonderband 13. Baden-Baden, S. 55- 79.
- Wichterich, Christa (1996): Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking. Köln.
- (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek.
- (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen. Anmerkungen nach einem Viertel Jahrhundert internationaler Frauenbewegungen. In: Lenz, Mae a.a.O., S. 257-281.
- Young, Brigitte (1998): Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie. In: Prokla 111, 28. Jg., 2, S. 175-199.

PRÄSENTATION DER ARBEITEN DER KOLLEGIATINNEN

1. Helen Schwenken: Die Selbstorganisation von Migrantinnen in der Europäischen Union und ihr Einfluß auf Perspektiven europäischer Migrationspolitik

Mir ist bei der Vorbereitung die Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung zur zweiten außenpolitischen Tagung mit dem Thema „Europas Grenzen“ in die Hände gefallen. „Wie gestaltet die Europäische Union ihre Grenzen?“ Dieses Thema paßt sehr gut zu meinem Promotionsvorhaben. Bei der Durchsicht der hochrangigen Referentenliste war ich doch etwas enttäuscht oder überrascht. Leider fand ich keine einzige Flüchtlings- oder Migrantinnen- oder Migrantinnenorganisation, und selbst der UNHCR fehlte, also Institutionen, die etwas zu dem Thema zu sagen haben.

Meine Forderung, Migranten und Migrantinnen als Akteure einzubeziehen, ist nicht einfach darauf beschränkt zu sagen: Die Betroffenen müssen sich auch zu Wort melden, sondern in der o.g. Konstellation findet eine Verengung des Themas und auch der Akteure und Akteurinnen statt. Das möchte ich gern ein wenig mit dem Promotionsvorhaben korrigieren, indem ich Migrantinnenorganisationen auf europäischer Ebene als Akteurinnen für europäische Migrationspolitik betrachte. Das möchte ich anhand einiger Folien etwas näher illustrieren.

Die erste Folie illustriert aus Sicht einer philippinischen Migrantinnenorganisation die verschiedenen Gründe, warum viele Philippinas nach Europa kommen bzw. in diesem Fall nach Deutschland. Da sind Tänzerinnen oder Frauen, die im Prostitutionsgewerbe arbeiten, Studentinnen, Krankenschwestern, Heiratsmigrantinnen oder Frauen, die aus anderen Gründen emigriert sind. Ich versuche, in meiner Doktorarbeit diese verschiedenen Migrationstypen zu beachten und zu fragen: Welche politischen Forderungen oder Problemstellungen sind damit verbunden? Das betrifft die Frage des Asyls, der Arbeitsrechte, der Bürgerinnenrechte, der Grundrechte – das ist also eine sehr umfassende Fragestellung, die auch von den Migrantinnenorganisationen aufgegriffen wird. Außerdem möchte ich gerne danach fragen: Welche Strategien, welche Aktionsformen werden von diesen Organisationen vertreten und welche politischen Zielsetzungen?

Ein Beispiel für eine gelungene Organisationsform auf europäischer Ebene ist die Organisation von Hausarbeiterinnen. Das ist ein Sektor, in dem man normalerweise nicht vermuten würde, daß Frauen Ressourcen finden, sich zu organisieren, weil es einfach sehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind. Eine dieser Organisationen auf europäischer Ebene ist das Respect-Netzwerk. Das wird wahrscheinlich eines der Netzwerke sein, dem ich nähere Aufmerksamkeit widmen werde, denn da werden Fragen angesprochen von Einwanderungsstatus, Freizügigkeit, Arbeitsrechten. Ich glaube, in zehn EU-Staaten sind sie mittlerweile vertreten durch Beratungs- und Selbstorganisationsprojekte.

Zu den Organisationsformen: Es gibt „klassische NGOs“ oder europäische Netzwerkoorganisationen oder aber informelle Zusammenschlüsse, wie sie momentan in Frankreich die Organisation *sans papiers* bildet; das heißt, illegalisierte Personen in Europa haben

es mittlerweile geschafft, eine europäische Vernetzung aufzubauen, was aufgrund ihres prekären rechtlichen Status‘ nicht einfach ist, weil meist unmöglich, nationalstaatliche Grenzen zu überwinden.

Eines der vielen Ziele der europäischen Lobby-Politik von Migrantinnenorganisationen heißt: Council of Europe. Sehr wichtig ist auch die Mobilisierung zur Rassismuskonferenz in Südafrika im Jahr 2001. In Deutschland haben es einige Organisationen geschafft, sich langsam einzumischen in diese weltweiten Organisationsprozesse. Im Vergleich dazu war es den Niederlanden zum Beispiel völlig klar, daß nicht *eine* Einrichtung wie der Deutsche Frauenrat das Monopol hat auf die internationalen Vertretungen. Das ist auch eine der Entwicklungen, die ich vergleichend untersuchen möchte zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Abschluß ein etwas anderer Blick auf die Organisierung von Migrantinnenorganisationen. Es ist ein Plädoyer dafür, nicht die Rahmenbedingungen und politischen Kontextstrukturen aus dem Blick geraten zu lassen und auch nicht Netzwerke, die bislang vielleicht eher wenig betrachtet werden in der neuen sozialen Bewegungsforschung, nämlich Polizei- und Sicherheitsnetzwerke, die gerade in dem Bereich der Europäischen Union und ihren Nachbarn eine sehr wichtige Rolle spielen und deren Ressourcen und politischen Einflußmöglichkeiten wenig Beachtung finden. Auch dieser Punkt wird für den Rahmen meiner Dissertation wichtig sein.

2. Kristina Schulz: Geschlecht und Gleichheit: Männliche Herrschaft und weiblicher Protest. Eine vergleichende Studie der neuen Frauenbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (1968 – 1980/81)

Mein Ansatz, mit dem ich schon von Anfang an gearbeitet habe, war der der sozialen Bewegung, womit wir Historiker ein bißchen anders umgehen als die Soziologen und Soziologinnen. Ich gehe davon aus, daß die neuen Frauenbewegungen in Frankreich und in der Bundesrepublik ohne `68 nicht zu denken sind. Ich möchte dieses Verhältnis aber näher betrachten, denn die Frauenbewegung ist nicht 1968 entstanden, doch ich gehe eben davon aus, daß ohne `68 andere Prozesse abgelaufen wären – und dies näher zu untersuchen, das ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit.

Der zweite Schwerpunkt ist der Blick auf gruppeninterne Prozesse in den Bewegungen: Finden permanent Verhandlungen statt, und zwar Verhandlungen auch zwischen Bewegung und Gesellschaft, aber eben auch innerhalb von Frauenbewegungen? Denn die Frauenbewegung ist nicht ein Akteur, der permanent dasselbe will, sondern da wird ausgehandelt, da werden Positionen gefunden und nicht nur eingenommen, sondern sie müssen erst mal entstehen. Diese Verhandlungsprozesse möchte ich näher beleuchten und auch vergleichend betrachten und schauen, was für Mechanismen gibt es auf so einer abstrakteren Ebene.

Der dritte Punkt, den ich näher erforschen möchte, ist die Frage der gesellschaftlichen Wirkung der Frauenbewegung, um zu problematisieren: Wie spielen eigentlich sozialer Wandel und soziale Bewegung zusammen? Denn klar ist: Soziale Bewegungen sind

nicht der Ursprung von sozialem Wandel, die sind auch nicht nur Produkt sozialen Wandels, sondern etwas dazwischen. Also, wie wirkt die Frauenbewegung auf die Gesellschaft und wie wirkt diese auf die Frauenbewegung?

3. Sabine Marx: Geschlechterdemokratische Organisationsentwicklung im Arbeitsfeld Technik. Eine empirische Untersuchung mit Absolventinnen der Weiterbildung „Prozessmanagement“

Ich beschäftige mich mit einem Thema, das auf den ersten Blick wenig zu tun hat mit Frauen; es geht nämlich um den Ingenieur-Beruf, das ist ja nach wie vor ein Feld, in dem hauptsächlich Männer beschäftigt sind: In den sogenannten „harten“ Ingenieurdisziplinen bis hin zur Elektrotechnik gibt es nach wie vor nur 2% Frauen. Das Praxisfeld, mit dem ich mich beschäftige, ist die Fachhochschule in Lippe. Dort gibt es Fachbereiche, in denen in zwei Jahren nur eine einzige Frau dieses Fach studiert. Entsprechend sind auch die universitären Kulturen dort geprägt. Das spielt sich ab vor dem Hintergrund eines umfassenden Wandels im Berufsbild von Ingenieuren: Zukünftig werden Ingenieure kaum mehr im Fertigungs- und Entwicklungsbereich tätig sein, hingegen werden kommunikative Fähigkeiten für Ingenieure und Ingenieurinnen sehr an Bedeutung gewinnen. Das gilt sicher nicht nur für die Ingenieurdisziplin. Interessant finde ich in dem Zusammenhang aber, daß sich die technischen Disziplinen dieses Feldes auch didaktisch sehr viel mehr angenommen haben, als ich das bisher in den Sozialwissenschaften beobachten kann. Das liegt natürlich am Druck aus der Wirtschaft; die wollen anders ausgebildete Leute, die in der Lage sind, auch mit diesen enormen Flexibilitäten umzugehen, die der Markt im Moment von diesen Leuten verlangt.

Die Wirtschaft will also sozial kompetente Ingenieure haben. Im Grunde weiß aber kein Mensch so genau, was das bedeutet. Also, was sollen die genau mitbringen und was sollen sie können? Und was bedeutet das möglicherweise auch noch für das Geschlecht? Im Moment werden Ingenieure gesucht, das heißt, die Firmen sagen: Gut, wir würden sogar Frauen einstellen. Das sind so die Kommentare, die man hören kann. Aber theoretisch müßten es ja, wenn man dieses Vorurteil beibehalten will, daß Frauen kommunikativ stärker sind als Männer, Blütezeiten sein für die Einstellung von Ingenieurinnen. Das ist aber nicht der Fall.

Die Frage ist in dem Zusammenhang: Was verändert sich möglicherweise, wenn Männer, wie z.B. in Führungskräfte trainings, sich verändern? Wie verändern sich Diskurse und wie verändern sich überhaupt Organisationen, wenn Männer auch solche Trainings durchlaufen? Das Ganze spielt sich natürlich auch vor einem ökonomischen Hintergrund ab: Zunehmend erkennen auch die Techniker, daß bloß weitere Technisierung als Problemlöser und Entwicklungsmechanismus einfach versagt. Entsprechend wird vielmehr auf die sogenannte Software gesetzt, auf Gespräche als Ressource im Berufsalltag. „Produktivkraft Kommunikation“ habe ich das genannt, wobei man sagen kann, daß der Stellenwert, den Kommunikation heute in sämtlichen Berufen hat, in keinem Verhältnis steht zu ihrer wissenschaftlichen Erforschung. Dabei sagen auch Unternehmensberatun-

gen wie McKinsey, daß 75 bis 80% des Erfolges jeder Organisation von den *softskills* abhängt und nicht davon, wie geschickt sie mit Ressourcen umgehen oder wie gut das Controlling ist. Es spielt sich im Grunde genommen eigentlich alles in diesen zwei Dritteln oder drei Vierteln ab.

Zu den Methoden meiner Arbeit: Ich untersuche nicht individuell die Leute, sondern ich untersuche die Absolventen unserer Weiterbildung in ihren Arbeitsteams, denn innerhalb von solchen Weiterbildungen sind die Leute immer sehr kommunikativ. Es ist interessant, wie aufgeschlossen das Feld ist, überhaupt Forscher rein- und sich mit ihren Themen beschäftigen zu lassen. Es scheint ein großes Interesse an Reflexion zu geben (Wie kommunizieren wir?) und auch ein großes Bedürfnis, das zum Teil in Richtung Not geht, weil die Leute innerhalb von solchen Veränderungsprozessen zum Teil unter dem, was da passiert, wirklich leiden.

4. Mihee Hong: Der Wandel des Geschlechterverhältnisses und die Frauenbewegung in Südkorea

Das Thema meiner Promotionsarbeit heißt: „Der Wandel des Geschlechterverhältnisses und die Frauenbewegung in Südkorea“ – wo ich herkomme. Es geht hier um die Frage, wie die Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren zum Wandel des Geschlechterverhältnisses beigetragen hat. Konkret sollen Konstitution, Handlungsstrategien und Auswirkungen der südkoreanischen Frauenbewegungen untersucht werden. Des weiteren will ich die Frage beantworten: Welche Faktoren die Struktur und die Entwicklung der südkoreanischen Frauenbewegung beeinflussen? Unter mehreren denkbaren Faktoren, die sowohl die Handlungsstrategien der Frauenbewegung als auch ihre Erfolgchancen beeinflussen, möchte ich hier nur einen Aspekt erwähnen, nämlich die Wirkung der Globalisierung.

In den letzten 15 Jahren hat sich die Frauenbewegung in Südkorea stark für die gesetzliche Verankerung der Gleichstellung eingesetzt und in diesem Bereich am meisten Erfolg gehabt. Hierbei haben vor allem die supranationalen Regelungen, wie zum Beispiel Regelungen über Antidiskriminierung der UNO oder vorbildliche Beispiele aus entwickelten Ländern, eine wichtige Rolle gespielt. Frauenorganisationen haben häufig ihre Ideen und konkreten Vorschläge aufgrund von solchen Regelungen entwickelt. Und die supranationale Regelung sowie die Beispiele aus anderen Ländern dienten einerseits als Druck gegenüber der Regierung und der Politik und andererseits als ein effektives Mittel für die öffentliche Arbeit. In meiner Arbeit will ich nun u.a. untersuchen, wie sich die Globalisierung auf die Strategien und die Erfolgchancen der südkoreanischen Frauenbewegung auswirkt.

Podiumsdiskussion (Auszüge)

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DES TRANSFERS ZWISCHEN POLITIK UND WISSENSCHAFT IN BEZUG AUF DIE PERSPEKTIVE DER GESCHLECHTERDEMOKRATIE

Mit

Dr. Birgit Sauer

Prof. Dr. Ursula Müller

Nico Beger, Vorstand der International Lesbian and Gay Association

Marion Boeker, Bundesfrauenreferentin von Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Claudia Neusüß (Moderation), Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Claudia Neusüß: Ich möchte anhand des Begriffs „Transfer“, den wir auch schon begonnen haben zu diskutieren, etwas aus der Geschichte und der Genese des Feministischen Instituts berichten. Die Idee, ein Feministisches Institut zu gründen und in der neuen Heinrich-Böll-Stiftung zu verankern, ging mit der Vorstellung einher, daß damit auch große Forschungspotentiale oder Mittel für Forschung bereitgestellt werden. Diesen Schritt, daß das Feministische Institut ein Forschungsinstitut wird, haben wir nicht realisieren können, auch aus Ressourcengründen; wir haben uns dann aber klar gemacht, daß die Heinrich-Böll-Stiftung über eine große Chance verfügt, nämlich über ein Studienwerk als eine wichtige Abteilung mit rund 350 Stipendiaten und Stipendiatinnen. Damit hat die Stiftung auch gute Chancen, Kontakte in die Wissenschaft hinein auszubauen; und in ihrer spezifischen Rolle als politische Bildungsinstitution – vielleicht gerade in dieser Position zwischen Wissenschaft und Politik und den damit verbundenen Ideen von Transfers, also Erkenntnissen aus der Wissenschaft in die Politik und umgekehrt –, könnte die spezifische Rolle darin liegen, diese Transfers zu „bearbeiten“ und im Bereich der Frauenforschung bzw. Geschlechterforschung in jedem Fall nicht die Rolle eines Universitätsinstitutes zu übernehmen. Mich selbst treibt sehr die Frage um: Wenn wir einen solchen Transfer in den Mittelpunkt unseres Interesses stellen, wie könnte eigentlich dessen Gestalt aussehen? Ich möchte gerne die „Gästinnen“ einladen, aus ihren jeweiligen Praxen und ihrer Erfahrung ein Beispiel für einen Transfer zu geben, der möglichst besonders gelungen ist aus ihrer Perspektive; und wen sich so etwas nicht finden läßt, vielleicht die Schwierigkeiten zu dokumentieren.

Marion Boeker: Als Historikerin gehe ich ein wenig zurück und beziehe das gelungene Beispiel eines Transfers mal auf die Frauenforschung der achtziger Jahre. Ich denke, daß da in bezug auf den Empfänger, die Empfängerorganisation in der Politik, Bündnis 90/Grünen, sehr viel rüber gekommen ist. Das mag nicht nur an der Frauenforschung und an der Partei liegen, sondern an der entstehenden Partei, die mit der Bewegung noch mehr verbunden war, und der Frauenforschung, die selbst auch noch mehr in Bewegung war, so daß vielleicht diese neuen Dinge einen einfacheren Einstieg hatten, auch mit den gesamten eingebetteten sozialen und politischen Verhältnissen, der Frauenpolitik, Frauenbewegung, daß da einfach noch ein bißchen mehr Stärke in der Breite der Bevölkerung hatte und in den Medien etwas Neues war. Ich glaube, daß sie auch einfacher war: die Frauenforschung. Sie hat sich mit Sicherheit verkompliziert. Das wäre eine wichtige Aufgabe von Transfer, diese Inhalte der Forschung „klein- und runterzubinden“, daß sie

verständlich und in Schnelle auch mit Bildern, mit Inhalten verbunden werden, die man in der Politik schnell verwenden und auch den Medien begreifbar machen kann.

Birgit Sauer: Inwieweit sickern eigentlich Diskurse der Frauenforschung in eine größere Öffentlichkeit, eine Medienöffentlichkeit ein? Ich glaube, da haben wir es mit viel längeren Wellen zu tun, so daß man ein Ergebnis nur über einen Prozeß von 10, 20 Jahren beurteilen kann. Zum Beispiel: Inwieweit ist es gelungen, öffentliche Debatten zu vergeschlechtlichen? Das ist sicherlich eine andere Ebene, auf der man Transfers diskutieren kann.

Eine spontane Überlegung: Wo habe ich eigentlich mal ein Projekt gemacht, in dem Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen ganz konkret beteiligt waren? Mir fiel da nach längerem Grübeln ein Fall ein, den ich als gelungen bezeichnen würde, wo ein Diskussionsprozeß in Gang gesetzt wurde, das war hier in Berlin Mitte der 90er Jahre, im Vorfeld eines Wahlkampfes, es war der Versuch, Wissenschaftspolitik zu organisieren, zu diskutieren und Frauenförderung wie auch Frauenforschung zu verankern und prominent zu machen, und wo Wissenschaftlerinnen, Hochschulforscherinnen tatsächlich einen Input in diesen ganz Wahlkampf geben sollten. Das Ergebnis war dann auch ein kleines Memorandum, eine Broschüre. Das fand ich vom Prozeß her gelungen. Das sagt aber natürlich nichts darüber aus, inwieweit es auch ein gelungener Policy-Prozeß war, wo dann also am Ende auch eine Politik herausgekommen ist und man sagen konnte: Aha, da sind Ideen tatsächlich umgesetzt und realisiert worden. Es wäre wirklich einmal interessant zu sehen, wie so etwas gelingt, wie man Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen zusammenbringen, wie man sprachliche Probleme außer Kraft setzen kann. Das ist noch mal zu trennen von dem, was in einem Politikprozeß tatsächlich passiert.

Nico Beger: Ich möchte anknüpfen an die erwähnte Verkomplizierung der Theorie. Ich beschäftige mich ja mit dem Konzept Queer und dem Poststrukturalismus. Ein ganz zentraler Punkt war da diese Unterscheidung zum Beispiel zwischen biologischem Geschlecht und sozialer Rolle; das war meiner Meinung nach historisch ein sehr wichtiger Punkt, den der Feminismus festgelegt hat; daß es da Unterschiede gibt. Wenn es biologische Unterschiede gibt, bedeutet das nicht, daß es soziale Hierarchien geben muß. Der nächste Schritt war, das in Frage zu stellen und das wieder zu dekonstruieren, also auseinander zu nehmen. Und daraus ist dann diese Unterscheidung und die Hinterfragung des Körpers als Grundlage für Politik und auch für Wissen und für Weiblichkeit und Männlichkeit gekommen. In der politischen Konsequenz bedeutet das für mich, aber auch für viele andere, daß sich viele Leute, die vorher eigentlich so segregierte Minderheiten waren, jetzt eigentlich politisch logischerweise zusammenschließen müßten. In meinem konkreten Falle wäre das die Lesben- und Schwulenbewegung und die Transsexuellen- oder Transgenderbewegung, also alle diese Menschen, die mit Geschlecht auf die eine oder andere Weise transidentisch leben oder intersexuell sind. Da gab es von der Bewegungsgeschichte her ja eine ganz starke Trennung. Die Organisation, für die ich arbeite, ILGA, hat das zwar im Mandat mit drin stehen: Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgendermensen – aber effektiv ist nie was dazu geschehen, immer mit dem

Argument: Naja, irgendwie... die sind ja anders. Die wollen was ganz anderes. Damit haben wir nichts zu tun. Wir können uns nicht um alles kümmern ... Das Grundproblem ist nicht Homophobie und Transphobie, sondern daß irgendwer sich hinstellt und sagt: Man weiß, was ein Mann und was eine Frau ist. Wenn wir das hinterfragen, dann wissen wir, wir kämpfen alle gegen die gleiche Sache. Im letzten Jahr sind übrigens alle Antidiskriminierungsparagrafen sowohl beim Europarat, also in der Europäischen Menschenrechtskonvention, wie auch beim Amsterdamer Vertrag der EU wie auch für die Menschenrechtscharta überarbeitet worden. Wir haben überall versucht, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität unterzubringen. Das ist uns bei sexueller Orientierung jedesmal gelungen, bei Geschlechtsidentität keinmal. Der eigentliche Transferpunkt war für mich unsere letzte Jahreskonferenz in Bukarest. Ich habe zum ersten mal einen Workshop veranstaltet (der auch für den Vorstand weisungsbefugt ist), um diese Diskussion um Transgender und die Zusammengehörigkeit der Politik zu diskutieren. Und der Kernpunkt war der: Ich hatte gedacht, daß die alle dagegen sind, daß sie sagen: Das paßt doch nicht zusammen, und wir können ja nicht alles machen. Aber es war ein total vorbereiteter Boden. Ich möchte nicht sagen, daß die alle Butler gelesen hatten, das hatten sie bestimmt nicht. Aber sie fanden es völlig einleuchtend, denn die allermeisten – es waren ungefähr fast 50 in diesem Raum – hatten darüber schon mal nachgedacht, haben sich in ihren Organisationen in den verschiedenen osteuropäischen Ländern schon mal darum bemüht, sich zu überlegen, warum wir zusammenarbeiten sollten. Was sind da die Themen? Wie können wir einander vertreten oder auch nicht? Wie können wir mit und füreinander reden? Warum macht das Sinn? Dieses Theoriekonzept ‚Queer‘ – auch das Wort habe ich nicht benutzt. Am Ende kam dann eine und hat gesagt: Das ist dieses Queer-Konzept, oder? Ich fand, da hat mein Transfer funktioniert, also meine Einsicht aus der feministischen Forschung, die eigentlich sehr kompliziert ist; aber offensichtlich machte es für Leute, die wirklich ganz praktisch und im Alltag gegen die ganzen Diskriminierungen und in der Politik arbeiten, wirklich Sinn. Die können damit was anfangen. Da gibt es eine Zukunft und einen richtigen Neuanfang von politischer Auffassung in der Arbeit, die sie machen.

Ursula Müller: Eine meiner frühesten Erinnerungen ist in einem Projekt zum Einstellungsverhalten von Arbeitgebern, wo wir Repräsentativuntersuchungen mit qualitativen Fallstudien verbunden haben. Wir waren unter anderem in einer Sparkasse in einem wirtschaftlich schwachen Gebiet und haben das Projekt vorgestellt. Da war auch eine lebhaftere jüngere Betriebsrätin dabei. Es ging um den Betriebszugang, ob wir da Leute befragen dürfen nach dem Motto: Wo bleiben die Männer, wo bleiben die Frauen nach fünf Jahren, und warum ist das so? Der Banken- und Sparkassenbereich ist ja ein gemischt-geschlechtlicher Bereich, wo die Frauen und Männer mit gleichen Qualifikationen einsteigen, und hinterher geht die Schere auseinander. Nach einer Weile kamen wir wieder, unsere ersten Erhebungen sind alle gut gegangen. Die Betriebsrätin sagte eher beiläufig: Was ich mir gemerkt habe, als es um Frauen und Weiterbildung ging: daß die Frauen immer eine Extraeinladung brauchen. Da habe ich mir gedacht: Die gebe ich denen jetzt. – Ich hatte gesagt, daß es unsichtbare Zeichen im Betrieb gibt, die Frauen le-

sen können und Männer nicht. Und diese Zeichen sagen: Diese Position ist nicht für Dich. Das drückt sich im Alltag darin aus, daß der Abteilungsleiter den jungen Mann beiseite nimmt und sagt: Wenn Sie später mal Verantwortung tragen, müssen Sie das und das machen können, und das zeige ich Ihnen jetzt schon mal. Die gleichqualifizierte junge Frau daneben, die nimmt er nicht mit; und das fällt Männern nicht auf, aber Frauen schon. Das war sozusagen die Umsetzung. Und das fand ich ganz kreativ. Und das mit der Extraeinladung habe ich nicht gesagt, aber es war sozusagen ihre aktive Verarbeitung davon.

In einer größeren Untersuchung zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, die ich fürs damalige Bundesfrauenministerium mit anderen zusammen gemacht habe, kam unter anderem heraus, welches Ausmaß diese Belästigung hatte. Es war auch ein Rechtsgutachten dabei von Barbara Degen, das genau angegeben hat, an welcher Stelle im schon bestehenden Gesetzeswerk, nämlich im Arbeitsschutz, ein Paragraph verankert werden könnte. Und genau das ist auch geschehen, denn sexuelle Belästigung war kein Tatbestand, sondern mußte als Nötigung oder Beleidigung angesehen werden. Es ist also im Arbeitsschutz verankert worden, aber genau in der Form, von der wir abgeraten haben, nämlich daß der Mann einen Freiversuch hat. Ich weiß nicht, ob Sie das Gesetz kennen. Der Mann hat das Recht, auf einen Irrtum zu plädieren bei der ersten Beschwerde. Aus der Untersuchung ging zweifelsfrei hervor – wir hatten auch Männer befragt –, daß Männer selbst sagten, sie könnten das genau unterscheiden: Belästigung und Flirtversuch, und daß sie auch von ihren Geschlechtsgenossen flächendeckend ausgingen, daß sie das unterscheiden könnten. Andererseits kann man sagen, unsere Arbeit ist erfolgreich gewesen, denn in dem Moment, wo es eine Rechtstatsache ist, müssen Schulungen stattfinden. Arbeitgeber sind verpflichtet, darauf zu achten, Arbeitnehmervvertretungen auch.

Ein problematisches Beispiel: Ich kann mich an einen Vortrag bei einem Richterbund erinnern, wo es um die veränderten Erwerbsmotivationen von Frauen ging und wo ich mit der Perspektive, Frauen als Subjekte sichtbar zu machen, gesagt habe: Das finanzielle Argument ist immer eins, das genannt wird, aber man darf das finanzielle Argument nie alleine auswerten, sondern es tritt immer zusammen mit vielen anderen wichtigen Punkten auf. Darauf sagte ein Richter: Das ist aber schlecht, was Sie mir da sagen, denn um da einer Frau irgendwas zuzusprechen, muß ich schon nachweisen, daß sie auf die Arbeit angewiesen ist. Und die Sozialarbeiterin sagte: Ja, wie soll ich dir denn einen Kindergartenplatz geben, wenn ich weiß, die arbeitet nur aus Spaß und nicht, weil sie es braucht. – Das ist sozusagen eine ungewollte Rezeption, die mich aber darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Forschung in verschiedenen Kontexten verschieden interpretiert wird und daß ich die Rezeption nur begrenzt steuern kann.

Claudia Neusüß: Was sind die Voraussetzungen, die den Transfer positiv unterstützt und begleitet haben? Und welche sprachlichen Anforderungen sind zu berücksichtigen, wenn wissenschaftlich arbeitende Menschen wollen, daß die Erkenntnisse, die sie machen, im Kontext politischer Praxis, auf welcher Ebene auch immer, einfließen. Was kann diesen Vorgang befördern?

Marion Boeker: Ich denke, es muß eine Verschränkung der Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft und Politik geben für all die frauenpolitischen Themen. Ich greife mal ein paar auf: Genitalverstümmelungen, Prostitution, Präimplantationsdiagnostik – da ist es doch notwendig, sich zusammen hinzusetzen und zu beraten. Manchmal bedaure ich, daß die dritte Seite, die Medien, also die, die dolmetschen in der Öffentlichkeit, nicht auch dabeisitzen und Zeit haben, diese Erkenntnisse auszutauschen. Ich kenne ja die andere Seite auch, die Wissenschaft, und ich muß sagen: In der Politik ist Zeit der größte Mangelfaktor, den wir haben. Diese Zusammenkünfte haben wir teilweise aber auch in Anhörungen. Die sind immer sehr erfolgreich, würde ich sagen, aber es gibt leider nur begrenzt Zeit. Ein interessantes Beispiel ist für mich noch mal diese Queer-Theorie. Das Konzept kannte ich aus der Forschung, ich habe versucht, das in einer politischen Tagung im letzten Jahr einfließen zu lassen. Und da war eine exponierte Vertreterin der Theorie auch als Referentin, und es war so, daß viele mit *Queer* nichts anfangen konnten. Da hätte es also einer ganz anderen Vorklärung bedurft. Und so ist es nicht angekommen, obwohl es ja relevant ist in der Politik, die wir machen, vor allen Dingen nach den eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Eines der großen Konzepte, die ich gerne erneut in die Debatte, in die Politik bringen möchte, ist das Konzept der *sexual rights*, denn ich glaube, da besteht mit dem dazugehörigen Menschenrechtsansatz noch mal eine positive Formulierung und nicht dieses: Alle sind diskriminiert und man muß ihnen helfen und noch ein Gesetz machen. Das könnte eine Wende für die Frauen- und Geschlechterpolitik sein, die vielleicht auch Männer mittragen können.

Auf jeden Fall: Ganz wichtig sind Zeit, um überhaupt zu einer brauchbaren Sprachform zu kommen, und Räume, um sich zu treffen, und natürlich auch ein gegenseitiges Bedürfnis, miteinander zu sprechen.

Birgit Sauer: Also, wir brauchen auch Übersetzerinnen. Denn Wissenschaft und Politik sind unterschiedliche Systeme und unterschiedliche Kulturen. Dann brauchen wir natürlich auch Zeit. Wir Wissenschaftlerinnen stehen ja alle unter Zeitdruck. Zu bedenken ist auch: Das System Politik ist eher auf Macht und Entscheidung ausgerichtet, die Wissenschaft ist zwar vermachtet, aber das, was sie tun soll, ist einfach Wissen generieren, Informationen zur Verfügung stellen – um Wahrheit geht es nicht mehr so. Und für diese beiden Systeme, in diesem *Setting* braucht es tatsächlich Übersetzerinnen. Es gibt ja ganz unterschiedliche Formen, wie man diesen Transfer machen kann: Es kann ein Vortrag vor Praktikerinnen sein; es kann eine Expertise sein, die in Auftrag gegeben wird von einer Verwaltung oder von einem Ministerium oder von einer Partei; es können Enquête-Kommissionen sein oder das, was jetzt mit der Grünen Akademie institutionalisiert worden ist, sogenannte Think-Tanks – aber das bedeutet überhaupt nicht, daß das Wissen, das da generiert ist, dann automatisch tatsächlich auch in Politikprozesse eingespeist wird oder werden kann. Von daher bräuchte es diese Institutionen der Übersetzerinnen, die versuchen, an unterschiedlichen Entscheidungsstellen das Wissen auch tatsächlich zu integrieren. Eine negative Erfahrung ist zum Beispiel eine Expertise, die

ich für die Grüne Partei in Österreich gemacht habe. Da sind die Papiere einfach erstmal in der Schublade verschwunden. Ich denke, das passiert sehr häufig mit solchen Expertisen. Es bräuchte also jemand, die das wieder rausholt und sagt: Jetzt arbeiten wir es klein, jetzt übersetzen wir es in eine andere Sprache.

Claudia Neusüß: Nun wissen wir ja, daß es gelegentlich die Politik nicht nur freut, was sie aus der Wissenschaft bekommt, und dann ist es nicht nur ein Problem von Übersetzung, sondern auch schlicht der Vorstellung, daß es just einfach nicht paßt, was da an Erkenntnissen gewonnen wurde. Es ist also auch eine Frage des Zeitpunkts. Aber es ist das Stichwort Transfer als Prozeß gefallen. Wenn der Transfer als ein Prozeß selbst in den Blickpunkt rückt: Was gibt es dann zu berichten, was fällt dabei auf?

Ursula Müller: Ich möchte noch einmal am Thema „sexuelle Belästigung“ anknüpfen, noch einmal einen Weg schildern. Wir haben auf unsere Untersuchung damals eine Riesenfülle von Reaktionen bekommen. Ich war für die wissenschaftliche Seriosität verantwortlich. Und es wurde alles angezweifelt. Wir haben unter anderem mit einem Verfahren, das es noch nicht gab, nämlich die Beschäftigten selbst aus einer Skala von *Items* aussuchen zu lassen, was sie selbst als sexuelle Belästigung einstufen würden, und dann, darauf basierend, gefragt: Was davon haben Sie schon erlebt? Das heißt, wir haben es in ihrem eigenen Relevanzhorizont untersucht und kamen dann auf 72% von berufstätigen Frauen in zehn Beschäftigungsbereichen in der Bundesrepublik, die Erfahrung gehabt haben im Laufe ihres Arbeitslebens, die sie selbst als sexuelle Belästigung einstufen und nicht wir. Diese Zahl ist angezweifelt worden. Und daß wir es überhaupt richtig gemacht hätten. Es wurde behauptet, daß wir die falschen Fragen gestellt hätten usw.

Unter anderem gab es Bereiche wie zum Beispiel die Polizei – damals noch recht neu für Frauen –, der sich als besonders problematisch herausstellte, zusammen mit den Sozialarbeiterinnen und den Krankenschwestern, das sind Bereiche, in denen viele Erfahrungen vorlagen, die aber zugleich wiederum von den Betroffenen relativ gering gewichtet wurden, wo also deutlich war: Es scheint zum Image des Zurechtkommens und des Qualifiziertseins für diesen Beruf zu gehören, daß man bestimmte Dinge wegsteckt. Und die Landesfrauenbeauftragte der Polizei in Nordrhein-Westfalen sagte in einem Interview, daß Polizistinnen mit so was zurecht kämen.

Knapp acht Jahre später gibt es eine Untersuchung, die der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen selbst veranstaltet hat mit unseren Fragebögen von damals, diesmal aber durchgeführt von der innerministeriellen Arbeitsgruppe im Bereich der Polizei. Es kommt heraus: 27% belästigte Polizistinnen und 11% belästigte Polizisten. Auch wieder das gleiche Schema, meistens im kollegialen Bereich, von gleich zu gleich belästigt, und nicht von der Bevölkerung und nicht von Vorgesetzten. Der Innenminister sagte diesmal: Wir sind eine moderne Verwaltung. Wir unternehmen große Anstrengungen, um zeitgemäß zu werden. Das ist eine Sache, die paßt nicht in unsere Zeit. Ich habe sofort folgende Richtlinien erlassen: verbindliche Schulung aller Personalverantwortlichen usw.

Ich würde sagen, da ist folgendes passiert: eine Solidarisierung auf der Ebene der Betroffenen und verschiedenster Stellvertreterinnen und Akteurinnen, also die Frauenabteilung in der Polizeigewerkschaft war sehr aktiv. Es gibt mittlerweile dank verschiedenster Reformen eine innerministerielle Arbeitsgruppe der Gleichstellungsbeauftragten aller Ministerien, die unter anderem über diese Thematik redet und die nicht mehr nur aus Juristinnen besteht, wie früher, sondern es sind in aller Regel Frauen, die aus den unterschiedlichsten akademischen oder Verwaltungsdisziplinen kommen. Wir können hier auch wieder dieses Ineinandergreifen von externer und interner Öffentlichkeit sehen, also Frauenöffentlichkeit oder Aufmerksamkeit, zusammen mit Modernisierungsprozessen in der Polizei, in denen es gelungen ist, sexuelle Belästigung nicht als Frauenthema zu marginalisieren, sondern als eine Aufgabe der Organisation zu begreifen, der sie sich zu widmen hat. Das Thema ist enttabuisiert. Es gibt für das Thema Strategien, wie mit ihm umzugehen sei. Es gibt die Anforderung: Eine erfolgreiche Organisation hat so was nicht zu haben!, aber ohne, wie es früher war, daß das Thema damit unter den Tisch gekehrt würde. Es gibt Schulungen, um Personen oder Funktionsträger und -trägerinnen, die als verantwortlich benannt werden, mit der Kompetenz auszustatten, damit umzugehen. Damit ist das Problem als solches noch nicht aus der Welt geschafft, aber das Thema ist von vielen Akteurinnen aufgenommen worden. Was sicherlich auch mit dazu beiträgt, daß sich die Polizei seit zehn, fünfzehn Jahren völlig verändert hat. Inwieweit das mit dem Hinzukommen von Frauen zu tun hat, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall hat eine große Sensibilisierung stattgefunden.

Nico Beger: Transfer wird immer ein bißchen in seiner Bedeutung von der Wissenschaft zur Politik. Also, die Politikerinnen lernen von den Wissenschaftlerinnen. Das, denke ich, ist nicht richtig. Das mit dem Übersetzen ist auch immer eine gegenseitige Sache. Es gibt z.B. diesen sehr schwerwiegenden Diskurs in der Wissenschaft, zu dem auch junge Leute in gewisser Weise gezwungen werden, um da ihre Frau, ihren Mann zu stehen. Und dann werden sie zum Vortrag eingeladen vor politisch aktiven Leuten, und dann geht das völlig daneben. Das ist mir auch schon passiert. Das ist schwierig, da muß man sich gegenseitig bemühen: Auf der einen Seite von Wolke 17 und der Wissenschaftssprache runterkommen, und die anderen müssen lernen, sich ein bißchen zu strecken oder auch offen zu sein für neue Sachen und auch alteingesessene Denkmuster mal zu überdenken.

Zum Transfer: In meiner Erfahrung der politischen Arbeit auf der Europaebene ist es eine unauflösbare Spannung, weil der Raum und die Zeit, in denen Politik und Wissenschaft passiert, sind so unterschiedlich strukturiert, daß das manchmal fast nicht greifbar ist. Viele Sachen, die ich wissenschaftlich mache mit diesem Queer-Konzept, kann ich in der Praxis einfach nicht umsetzen, weil das in der Zeit, die zur Verfügung steht, einfach nicht machbar ist.

Und dann gibt es noch bestimmte Sprachprobleme, die wir hier haben, die kenne ich aus anderen europäischen Ländern einfach nicht. Die permanenten Mißverständnisse zwischen der akademischen Sprache und der politischen Sprache gibt es in vielen anderen Kontexten nicht. Das liegt ein bißchen an der fachlichen Sprachstruktur, daß im Deut-

schen Fremdwörter einfach in der Wissenschaft benutzt werden, und Leute, die sich halt einfach nie mit der Uni beschäftigen, anderen Berufen nachgehen, kennen die nicht und fühlen sich dann völlig alleingelassen. Im Englischen passiert das nicht. Im Englischen sind diese, was wir als Fremdwörter begreifen, einfach Alltagswörter, dann kommt dieses Mißverständnis nicht so zum Tragen. Aber es gibt auch verschiedene Kontexte, Kontexte der Zusammenarbeit zwischen, zum Beispiel, Schwulen und Lesben, dann gibt es *Clashes*. Da muß man sehr genau hingucken auf den einzelnen Prozeß, um zu sehen, wo welche Spannungen aufgelöst wurden und wie gegenseitige Informationspolitik funktioniert.

Claudia Neusüß: Wir haben jetzt was ganz plastisch vor Augen, nämlich eine Art Runder Tisch: Wissenschaft, Politik an einem Ort; Übersetzerinnen wollen wir noch, Medien und Politikberaterinnen. Die sind jetzt irgendwie zusammen. Dann wird Zeit untergerührt und darüber nachgedacht, welche Boten, Schleuser und sonst wie geeigneten Zugänge braucht man. Ich würde jetzt noch mal fragen: Sind eigentlich, und wenn ja, welche Institutionalisierungen hilfreich bzw. geeignet, um solche Transfers zu machen, damit ein Zugang systematischer geschieht?

Ursula Müller: Natürlich ist es immer gut, dafür Zeit und Raum bereitzustellen, und ein gewisser softer Institutionalisierungsgrad kann da auch mit Sicherheit nicht schaden. Ich denke, auch auf Seiten der Politik wäre es sicher gut, wenn solche Bemühungen gesehen, erkannt, mit Wert besetzt, auch mit Ressourcen ausgestattet würden, weil das ja häufig ein Zusatzgeschäft ist gerade von Wissenschaftlerinnen, weil wir die ganzen Jahre unter anderem damit beschäftigt waren, die Anerkennung unseres Forschungsgebietes überhaupt durchzusetzen, was im Wissenschaftsgebiet wie auch in der Politik keine einfache Sache ist. Ich würde aber andererseits trotzdem warnen: Ich finde es wichtig, diesen Austausch zu intensivieren, aber letztlich sind die Handlungsbedingungen der Politik andere als die der Wissenschaften. Außerdem wechseln die Handlungsbedingungen in der Politik rasant. Was heute wichtig ist, kann in drei Tagen schon alt sein. Und man sitzt gerade dran und schreibt in nächtlicher Arbeit ein Thesenpapier, das die Welt verändern wird, aber da ist der Zug der Ereignisse schon weiter gezogen. Das kann alles passieren. Wir sollten den Blick nicht dafür verstellen, daß diese Akteurinnen und Akteure ihre eigenen Handlungsbedingungen haben, aber sie müssen einen aktiven Prozeß leisten, nämlich das, was sie erfahren, auf ihre Handlungsbedingungen umzusetzen.

Ich kann noch ein kleines Beispiel erzählen aus einer Zeit, da ging es um ein wichtiges Projekt: Arbeitszeitpolitik für Eltern kleiner Kinder. Da war eine große Einzelgewerkschaft, die wollte es gerne machen, bzw. die Frauenabteilung. Es war auch schon so gut wie klar. In der entscheidenden Vorstandssitzung ist das weibliche Vorstandsmitglied von den männlichen Vorstandsmitgliedern dann aber eingemacht worden. Wie konnte das passieren? Wir hatten den Entwurf gemacht, meine Kollegin und ich. Aber die anderen Referenten hatten ihre Vorstandsmitglieder einfach nicht informiert und nicht auf das Projekt eingestimmt. Ich habe dann zur betreffenden Referentin gesagt: Stimmtst du das mit denen immer ab, damit auch dein Vorstandsmitglied zustimmt, wenn die Vor-

schläge der anderen kommen? Sagt sie: Natürlich, das mache ich. Ich sage: Du könntest ihnen sagen: Ich bin immer solidarisch mit Euch und ich halte mich an die Vorbereitung meiner Vorstandsmitglieder. Wieso macht Ihr das nicht? Wieso habt Ihr mich da im Stich gelassen? Sie sagte gar nichts, dann sagte sie: Das ist eine wunderbare Idee. Und dann ging sie rein in die nächste Versammlung und kam wieder raus und hat gesagt: Das war ein voller Erfolg. Sie hatte das diesmal ganz anders gemacht. Sie hat die Leute persönlich angegriffen. Nur sie kannte die formellen und informellen Regeln in dieser Organisation so, daß sie sie auch nutzen konnte. Das hätte viel zu viel Zeit gedauert, mir das alles zu erklären. Sie hatte grade Zeit, mir das zu erzählen, wie die Vorstandsbeschlüsse zustande kommen, nämlich über die Vorbereitung der Vorstandsmitglieder durch ihre Referenten. Das war dann der Weg. Die Übersetzungsleistung, die können wir nur zum Teil steuern.

Birgit Sauer: Man braucht natürlich, um ganz bestimmte Politikinhalt durchzusetzen, die man auch als Wissenschaftlerin hat, ganz bestimmte Frauen an strategischen Positionen, innerhalb der Verwaltung, innerhalb von Parteien, innerhalb von Fraktionen und auf unterschiedlichen Ebenen. Ohne diese Frauen, die da sind, die den Politikprozeß kennen, kann man als Wissenschaftlerin erst mal nichts machen. Man kann sein Know-how zur Verfügung stellen und auch die Erfahrung gewissermaßen, aber diese Übersetzungsleistung, das kann frau in dem Sinne nicht leisten. Aber wenn solche Frauen da sind, dann ist auch was durchzusetzen. Beim österreichischen Wegweise-Gesetz z.B. hat das tatsächlich so funktioniert. Das war eine günstige Stunde der Institutionalisierung von Frauenpolitik in Österreich, wo es wirklich Koalitionen gegeben hat zwischen Frauen in den unterschiedlichen Parteien, natürlich vornehmlich in der SPÖ, wo es starke Unterstützung gegeben hat für die Institutionalisierung und Ausstattung des Frauenministeriums. Inzwischen haben wir ja einen Frauenminister in Österreich. Wir sind in Österreich nun damit konfrontiert, daß es möglicherweise überhaupt nicht mehr gehen wird.

Vielleicht noch mal zu der Vorstellung von so einer linearen oder eindimensionalen Politikberatung. Da gibt es plötzlich ein Bedürfnis von Politikerinnen, die sagen: Jetzt ist das Gesetz in der Pipeline, jetzt müssen wir die Frauen noch da einbringen? Aber das funktioniert einfach nicht so, denn Wissenschaft generiert ihre eigenen Themenstellungen, ihre eigenen Probleme, also muß man im Prinzip, um diesen Transfer zu leisten, auch das berücksichtigen. Wie entstehen Fragestellungen, Problemstellungen in der Wissenschaft selbst? Es kann ja nicht nur sein: Jetzt ist da die Politik und die entwickelt so was, sondern man muß einfach bei diesem Transferproblem, Übersetzungsproblem auch diese unterschiedlichen Logiken von vornherein immer einbeziehen. Es kann nicht einfach so ein einseitiger Politikberatungsprozeß sein. Das würde zumindest meinem Verständnis von einer kritischen Wissenschaft total entgegenstehen. Und wenn so ein Transfer geleistet werden soll zwischen feministischer Wissenschaft und Frauenpolitik, dann will ich auch Sachen sagen, die nicht gehört werden wollen in so einem Politikprozeß.

Marion Boeker: Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren, in denen ich für die Grünen arbeite, eine verblüffende Entdeckung gemacht: Jetzt, wo es um das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft geht, tauchen auch erfolgreiche Managerinnen auf. In meinen frühen autonomen Zeiten habe ich ja immer gedacht: Keine Frau kann jemals in der Wirtschaft landen. Und da sind eine ganze Menge Frauen, die in den 70er Jahren die Frauenbewegung mitgemacht haben. Auf der anderen Seite, merke ich, gibt es bei vielen jungen Frauen eine Selbstverständlichkeit, daß sie das nicht als Bewegung auf der Straße anfangen, sondern sie studieren oder sie arbeiten und wissen, daß Handlungsbedarf im frauenpolitischen, geschlechterpolitischen Bereich besteht. Eine der verblüffenden Studien war ja diese vielzitierte Allensbach-Studie, die gezeigt hat, daß gerade die jungen Frauen sagen: Es besteht ein ganz großer Handlungsbedarf in der Politik; ich glaube, zwischen 25 und 40 oder 42 waren diese Frauen, und eher die älteren Frauen haben gesagt: Naja, sie sind nicht mehr so überzeugt davon, daß man das noch rüberbringen kann, so viel Bedarf sei da nicht mehr. Die jungen Frauen haben die alten Probleme: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Frauen in die Politik wollen sie und und und... Es gibt ja auch auf europäischer, auf UN-Ebene, neue Netzwerke von jungen Frauen, die hier ganz selbstverständlich zulangem wollen. Die nicht lange zaudern und zögern wollen. Ich denke, das könnte jetzt, wenn es Transferleistungen oder Räume oder Orte dieser Vernetzung gibt, zusammengeführt werden. Ansonsten denke ich, daß manches aber früh anzusetzen ist, beispielsweise in der Ausbildung, auf der Metaebene. Ich war in Dortmund an der Universität. Ich fand das toll, daß die da ganz praktische Sachen mit vermittelt haben im hochschuldidaktischen Zentrum. Dazu könnte ja auch gehören, ganz früh zu lernen: Ich werde Wissenschaftlerin, und ich werde mich abstrakt ausdrücken, aber eine große Öffentlichkeit möchte wissen: Was heißt das? Wie schmeckt das? Was bedeutet das für mein Leben? Nicht die vielen Sätze, sondern jetzt aber die Wahrheit hier: Was kann ich damit anfangen? Ich denke, das könnte ja da auch uns voranbringen, wenn es früh angesiedelt ist.

Nico Beger: Ich finde, die Wissenschaft ist nicht die Dienerin der Politik. Es gibt eine wissenschaftsinterne Daseinsberechtigung, auch in der feministischen Forschung. Nicht alles, was die feministische Forschung sagt, muß auf Politik anwendbar sein. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt: die eigene Daseinsberechtigung und inhaltliche Selbstfindung. Das andere, was ich sagen wollte: Es gibt schon sehr praktikable Lösungen dieses Transfers oder des Spannungsfeldes bei der EU. Da gibt es ja diesen Sozialen Dialog, wo es darum geht, Akteure und Akteurinnen aus allen möglichen Bereichen zusammenzubringen und immer wieder dazu zu befragen, was sinnvoll ist. Das passiert zum Beispiel durch die Zusammenfassung aller sozialen Nichtregierungsorganisationen in dieser *Social Policy Platform* bei der EU. Da ist zum Beispiel auch ILGA mit dabei und alle möglichen anderen: Da sind die Frauenlobby dabei und die Antirassismus-Netzwerke, die Antiarmut-Netzwerke usw., also wirklich sehr viele, ganz verschieden gelagerte Gruppen, die auch Zugang zu Geldern haben, um das zu tun – also den Raum, die Zeit und die Finanzen, diesen Austausch zu machen. Dann werden die Gewerkschaften immer mit einbezogen. Da entsteht dann wirklich ein Dialog.

Ein Moloch wie zum Beispiel die EU, da kann man von außen nie wissen, wann da was ist und wann man mal was sagen kann. Wann kann eine Wissenschaftlerin wirklich mal einen *Input* machen? Das heißt, man muß eine Gruppe haben, zum Beispiel von EU-Angestellten; da gibt es zum Beispiel eine für die Lesben-/Schwulenfragen, Egalité, die sitzen überall in den Institutionen, die kriegen alles mit. Wenn was ist, rufen sie uns an. Dann wird als nächster Schritt die NGO eingeschaltet. Die überlegt sich dann: Haben wir dazu was zu sagen? Möchten wir einen *Input* machen? Sehr schnell, jetzt muß es passieren. Und dann brauchen wir natürlich die Fachleute. In der Sekunde brauche ich dann einen Professor für Menschenrechte an einer guten Universität, mit Namen und Briefkopf, der dann innerhalb von 24 Stunden ein Dokument produziert zur Eingabe, zur Erweiterung der Menschenrechtskommission – wir hatten z.B. fünf Tage Zeit für die Erweiterung des Artikels 14. Also, das wird alles ganz, ganz geheim und im stillen Kämmerchen gemacht. Wir waren beim Europarat und haben es über einen Schwulen gehört, der arbeitet beim Gerichtshof: Das passiert jetzt, es passiert nächste Woche. Wir brauchen jetzt das Dokument. Da muß man dann jemanden haben, der das kann. Da ist eine Frage von Zeit und Raum und von Timing und von viel Kaffeetrinken und von viel Verbindungen – und dann kann was gehen. In dem Sinne bin ich auf der Politikebene dafür, ganz viele Frauen an ganz vielen wichtigen Stellen sitzen zu haben, die man dann notfalls in der entscheidenden Sekunde vernetzen kann.

Ursula Müller: Ich finde das noch mal einen Beleg für die These des Zusammenhangs von inner- und außerinstitutioneller Bewegung und wie sehr sie auch vorangekommen ist. Daß eine Gruppe wie ILGA an dieser Position sitzt, daß dann auch genau klar ist, wer wann wo angerufen werden kann und muß usw. Das sind alles Dinge, die wären noch vor 15 Jahren undenkbar gewesen, sie haben sich im Zuge der Vermischung und des erfolgreichen Hineintransports von Thematiken und auch von Vorstellungen von Berechtigung, von Moral, von Ethik, von Bewertung usw. institutionell verfestigen können. Das ist mit Sicherheit das Werk einer Kollaboration von Politik und Wissenschaft gewesen, und da weiß ich nicht genau, wem ich da jetzt sozusagen das Erstrecht zusprechen würde, das ist eine Amalgamierung, die in bestimmten Punkten sichtbar wird, die nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß beide Bereiche ganz unterschiedliche Handlungsbedingungen haben, auch in ihren Zielen und Zwecken nicht immer nur aufeinander gerichtet sind.

Brigit Sauer: Mein Gedanke war auch bei der Präsentation der Promotions-Vorhaben: Klar, die gehen alle in ein Politikfeld rein. Die untersuchen das auf der einen Seite, aber die werden ja selber auch von diesem Politikfeld beeinflusst. Das ist unmittelbare Transferleistung, so wie wir das im Prinzip auch diskutiert haben.

Etwas anderes: Ich fände auch eine Vernetzung der unterschiedlichen Think-Tanks, als „Denk-Panzer“ der Grünen Akademie, innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung unglaublich wichtig und spannend. Es wäre wunderbar, wenn auch ein Transfer innerhalb des Hauses stattfinden könnte.

Claudia Neusüß: Ich will das jetzt nicht alles zusammenfassen. Aber ich möchte ein Potpourri an wichtigen Begriffen festhalten. Es ist ziemlich deutlich geworden, daß Transfers nicht in irgendeinem Verständnis von Linearität oder Monokausalität zu haben sind, sondern daß es sich um ein recht komplexes und vielschichtiges oder viele Ebenen ansprechendes Bezugssystem handelt und daß es natürlich auch nicht nur in eine Richtung funktioniert. Wenn, dann gilt das von der Politik in die Wissenschaft natürlich genauso. Wir haben die Frage der Übersetzung und der Sprachlichkeit, was auch immer interkulturelle Kommunikation beinhaltet, als Übersetzen von verschiedenen Sphären in eine andere, als etwas Bedeutsames benannt; und wir haben an sehr vielen Stellen darauf hingewiesen, wie wichtig die Anschlußfähigkeit ist. Anschlußfähig zu sein mit Blick auf jeweils andere Bereiche und dort starke Verbündete zu haben, die möglicherweise auch in kurzfristigen Zeitkontexten ansprechbar und abrufbar sind, weil Politik in anderen Zeitstrecken funktioniert als Wissenschaft. Dieses Nicht-Ineinander-Aufgehen auf der Zeitachse ist eine Herausforderung und daher bedenkenswert bei der Gestaltung von Transfers und auch für Infrastrukturen, die es begleiten, denn selbst wenn wir es uns wünschen, daß gelegentlich die Politik verweilt, auch hier in den Sphären der politischen Bildnerinnen, wo wir eine Reihe von Angeboten machen, müssen wir doch realisieren, daß es dieses Spannungsfeld gibt und es auch in der Planung von Infrastrukturen übersetzen: also flexible Kontaktnetze, die umfangreich sind und die wirklich kurzfristig in einer Organisation innen, aber auch außen, abgerufen werden können. Die Paßgenauigkeit war auch noch ein Moment; nämlich daß es möglicherweise zeitversetzte Effekte gibt, aber dann auch Paßgenauigkeiten nicht so genau zu planen sind. Daß es dann diese Frau aber auf einmal gibt, die das Entscheidende mitbringt, kann man bestenfalls beim nächsten Ereignis analysieren, nämlich: ob es Akteure in einer Institution gibt, die möglicherweise spezifisches Wissen haben könnten, was einen Transfer positiv verstärken könnte.

Das Medienthema ist ja auch ein Riesenthema für das Feministische Institut mit der Frage: Wie bringen wir unsere Erkenntnisse in die Öffentlichkeit? Und: Welche Bedürfnisse und Bedarfe formulieren die Medien aus ihrem Strickmuster heraus? Und läßt sich darüber Anschlußfähigkeit herstellen?

An dieser Stelle und zum Abschluß: meinen Herzlichen Dank an alle. Ich freue mich auf die weiteren Kooperationen.

Promotionsvorhaben des Gunda-Werner-Promotionskollegs

Die Kollegiatinnen und ihre Promotionsthemen:

- Yin-Zu Chen: Möglichkeiten und Grenzen internationaler Frauenförderung durch regionale Netzwerke am Beispiel Lateinamerikas
- Karin Gabbert: Sexuelle Belästigung in der Armee der USA
- Mihee Hong: Der Wandel des Geschlechterverhältnisses und die Frauenbewegung in Südkorea

- Sabine Marx: Geschlechterdemokratische Organisationsentwicklung im Arbeitsfeld Technik. Eine empirische Untersuchung mit Absolventinnen der Weiterbildung „Prozessmanagement“
- Kristina Schulz: Geschlecht und Gleichheit: Männliche Herrschaft und weiblicher Protest. Eine vergleichende Studie der neuen Frauenbewegungen in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (1968-1980/1)
- Helen Schwenken: Die Selbstorganisation von Migrantinnen in der Europäischen Union und ihr Einfluß auf Perspektiven europäischer Migrationspolitik
- Hiromi Tanaka: Die Entwicklung von Frauenpolitik und Frauennetzwerken in Japan vor dem Hintergrund der UN-Dekaden der Frau 1975-2000

Die betreuenden Professorinnen:

Das Kolleg wird gemeinsam von Prof. Dr. Ilse Lenz (Ruhr-Universität Bochum) und Prof. Dr. Ursula Müller (Universität Bielefeld) betreut. Eine kurze Vita ist unter den jeweiligen Beiträgen abgedruckt.

GESCHLECHTERDEMOKRATIE 2000

Zehn Thesen von Gunda Werner

1. Geschlechterdemokratie gehört zur philosophischen Kultur der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie ist kein Leitbild unter anderen, wie auch Demokratie in einem demokratischen Staat nicht ein Leitbild unter anderen sein kann. Sie ist ein zentrales Prinzip für eine Gemeinschaft, die sich nach bestimmten Wertvorstellungen organisieren will.

Die Heinrich-Böll-Stiftung nimmt sich selber nicht ernst in ihrem Anspruch, geschlechterdemokratische Rahmenbedingungen in ihrer Organisation zu verwirklichen. Indem Geschlechterdemokratie als ein Leitbild unter anderen relativiert wird, wird die persönliche Betroffenheit negiert. In einer Demokratie sind alle aufgefordert, sich daran zu beteiligen, die politischen Verhältnisse zu gestalten. (...)

2. Die Geschlechterdemokratie hat weder fertige praktische noch theoretische Konzepte. Sie ist eine Suchbewegung nach neuen Orientierungen und Modellen. Sie ist offen für Gestaltung, aber andererseits muß sie auch gestaltet werden.

Die Forderung nach theoretischer und praktischer Eindeutigkeit zeigt, wie schwer Prozesse des Übergangs auszuhalten sind, wenn alte Orientierungen verlorengehen und neue noch nicht da sind. Die theoretische Debatte um die (Geschlechter-) Demokratie dreht sich um die Frage, welche Rahmenbedingungen am besten geeignet sein könnten, Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in einer Demokratie zu verwirklichen. Themenkomplexe dazu sind: Formen der politischen Partizipation, Repräsentationsformen, Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Sphäre, soziale Gerechtigkeit, Individuum und Geschlecht, Geschlechterdifferenz und demokratische Gleichheit, der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag und die Frauen, Gleichheit und Differenz. (...)

3. Geschlechterdemokratie und Feminismus/Frauenpolitik sind zwei verschiedene Diskurse. Die Chancen, mit diesem Konzept neue Zielgruppen anzusprechen, werden vertan, wenn Geschlechterdemokratie „als alter Wein in neuen Schläuchen“ daherkommt. Die Diskurse sollten entmischt werden. Im feministischen Institut können die Themen der klassischen Frauenpolitik auf hohem theoretischem Niveau geführt werden. Mit dem Konzept der Geschlechterdemokratie sollten konsequent junge Frauen, Männer, ostdeutsche Menschen und Organisationen angesprochen werden.

Viele Feministinnen, vor allem auch bei Bündnis 90/Die Grünen, haben das Konzept Geschlechterdemokratie nicht akzeptiert. Sie sehen es als Indiz für den Backlash, als Verrat an der Parteilichkeit für Frauen und als nicht politikfähiges Konzept. Statt konstruktiv daran mitzuarbeiten, die Ideen weiterzuentwickeln, wird entwertet (...). Da in der Heinrich-Böll-Stiftung für beide Diskurse ein Platz geschaffen wurde, können sie

sinnvoll koexistieren. Die Geschlechterdemokratie kann sich damit auf die neuen Elemente des Konzepts konzentrieren: Dialoge führen, die Ergebnisse kritischer Männerforschung einbeziehen, „best-practice“ Modelle für die Stiftung entwickeln, den Diskurs um die Gestaltung der Demokratie initiieren.

4. Zwischen dem Konzept der Geschlechterdemokratie und dem Feminismus gibt es inhaltlich einen entscheidenden Unterschied: Geschlechterdemokratie erkennt die Demokratie als Staatsform an. Alle Visionen einer sozialistischen Gesellschaft, wie sie Teile des Feminismus transportieren, werden damit aufgegeben.

Die neue Frauenbewegung ist im Zuge der 68er-Bewegung entstanden. Sie teilt in ihrer autonomen Variante die Kritik am bestehenden Staatsverständnis und favorisiert sozialistische Gleichheitsideen. Demokratie gilt eher als suspekt und vom Kapital regiert. Feministinnen haben bisher kaum mit eigenen Ideen dazu beigetragen, wie sie Demokratien gestaltet haben möchten.

5. Für die „Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie“ ist ein Fachbeirat sinnvoll, in dem junge Frauen, Männer, ostdeutsche Menschen und OrganisationsvertreterInnen mitarbeiten.

Die genannten Zielgruppen haben das Konzept „Geschlechterdemokratie“ interessiert aufgenommen. Ein Fachbeirat in dieser Zusammensetzung könnte mit ungewohnten Perspektiven, jenseits der Argumentationen des frauenpolitischen Diskurses, die Arbeit des Teams Geschlechterdemokratie unterstützen. (...)

6. Die Heinrich-Böll-Stiftung verstärkt ihre Männerarbeit und bietet sowohl intern als auch extern Foren an, auf denen die Ergebnisse der Männerforschung diskutiert werden.

Wenn Geschlechterdemokratie als Dialog mit Männern ernstgemeint sein soll, dann müssen die praktischen und theoretischen Ansätze, die sie zur Geschlechterfrage entwickeln, einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Das könnte die Beharrungstendenzen und Berührungssängste von Männern mit dem Thema mindern, indem eigene Interessen daran deutlicher werden.

7. Geschlechterdemokratie wird in der Heinrich-Böll-Stiftung Schritt für Schritt erfolgreich umgesetzt. Externe Organisationen bestätigen das. Intern werden die Erfolge von Kolleginnen unsichtbar gemacht, indem das Defizitäre in den Vordergrund gerückt wird.

Der Arbeitsbereich war und ist latent immer davon bedroht, abgeschafft zu werden. Jede Erfolgsmeldung gefährdet seinen Bestand: Wir haben doch schon alles erreicht. Wo soll das denn noch hinführen? (...)

8. Die Geschlechterdemokratie ist in der Heinrich-Böll-Stiftung eine Gemeinschaftsaufgabe, keine Querschnittsaufgabe. Geschäftsführender Vorstand und Führungskräfte müssen den MitarbeiterInnen gegenüber klar vertreten, daß damit ein aktives Engagement von jedem und jeder in seinem bzw. ihrem Arbeitsbereich erwartet wird.

(...) Das Team Geschlechterdemokratie hat die Aufgabe, die KollegInnen dabei zu beraten, anzuregen und zu unterstützen, wie sie diesem Auftrag nachkommen können. Die Arbeit entspricht der von internen OrganisationsberaterInnen. (...)

9. Die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie wird konsequent dialogisch umgesetzt. Kontroll- und Sanktionsmechanismen sind für diesen Weg kontraproduktiv. Im Rahmen eines qualitativen Controlling werden entsprechende Überprüfungen entwickelt. Die Arbeitsbereiche der Heinrich-Böll-Stiftung kontrollieren sich selbst.

10. Die Geschlechterdemokratie ist bisher nicht in verlässlichen Prozessen abgesichert, weil die Heinrich-Böll-Stiftung insgesamt noch dabei ist, verbindliche Abläufe und Strukturen aufzubauen. „Gemeinschaftsaufgaben können dann erfolgreich arbeiten, wenn sie auf stabile Prozesse und Strukturen aufbauen und ihnen zugebilligt wird, „quer“ zur Organisation zu arbeiten. Beide Arbeitsvoraussetzungen sind derzeit nicht in ausreichendem Umfang gegeben.“ (Abschlußbericht der Organisationsanalyse HBS, Juni/Juli 1998, Ve Wulff).